

# 1 Die Dislozierung des Sozialen

## Vier sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Prekarisierung

---

### 1.1 REGULATIONSTHEORIE: POSTFORDISMUS UND REGULATIONSWEISE DER PREKARISIERUNG

Die folgende Evaluation der vier im Einleitungskapitel erwähnten Theorieperspektiven – Regulationstheorie, Gouvernamentalitätsstudien, Postoperaismus und pragmatische Soziologie – wird uns eine gesellschaftstheoretische Ausgangsbasis für die weitere Untersuchung verschaffen. Mit dem Versuch einer Theorie-Triangulation soll ein mehrdimensionales Bild des bislang noch recht flachen und unscharfen Objekts Prekarisierung gewonnen werden. Dabei wird zu beobachten sein, dass die Diagnosen, die von diesen vier Ansätzen entwickelt wurden, in vielerlei Hinsicht konvergieren. Vor allem die Rede von Prekarisierung als Prozess der Entsicherung der gesamten Arbeits- und Lebensverhältnisse und damit die metaphorisch verdichtende Bezeichnung der gegenwärtigen Gesellschaftsformation als *Prekarisierungsgesellschaft* wird sich im Durchgang durch die erwähnten Theorien, so steht zu hoffen, als plausibel erweisen. Eine wesentliche Referenztheorie, deren Beschreibung des Postfordismus (bzw. der Krise des Fordismus) auch für andere Ansätze einschlägig wurde, ist die Regulationstheorie, die daher auch den Ausgangspunkt bilden soll. Ich werde kurz den konzeptuellen Rahmen vor allem der Pariser Regulationsschule vorstellen, um anhand der hegemonietheoretischen deutschen Erweiterung die Bedeutung dieses Ansatzes für ein gesellschaftstheoretisch durchdringendes Verständnis von Prekarisierung darzulegen.

Die zunächst in Frankreich entwickelte ökonomische Theorie (Aglietta 1979) postuliert, dass ökonomische, soziale und politische Veränderungen nur in ihrem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis begriffen werden können (Röttger 2003: 19). Die Regulationstheorie versteht sich als wirtschaftswissenschaftliche Weiterführung der Althusser-Schule des strukturalen Marxismus.

Dieser hatte das Marx'sche Werk einer Relektüre unterzogen, um es gegen die stalinistische Dogmatik, gegen den ökonomischen Determinismus, gegen Humanismus und Subjektphilosophie zu verteidigen. Trotz gewisser rhetorischer Vorbehalte gegen den damals modischen Strukturalismus folgt der Althusserianismus dem strukturalistischen Grundgedanken: Das gesellschaftliche Ganze wird als ein relationales Ensemble gedacht, dessen Elemente ihre Bedeutung nur aufgrund ihres Verhältnisses zu allen anderen Elementen der Struktur gewinnen. Die Regulationstheorie schließt an diese Absetzbewegung von den dogmatischen Spielarten des Marxismus, wie sie von der Althusser-Schule eingeleitet wurde, an und treibt sie weiter (indem sie nicht zuletzt den bedeutenden Einfluss Gramscis, der von Althusser noch weitgehend verleugnet wurde, explizit macht und stärkt). Der Dogmatismus ging von einer ökonomischen »Basis« aus, bestehend aus – insbesondere technologischen – Produktivkräften und ihrem Entwicklungsgrad entsprechenden bzw. nachhinkenden Produktionsverhältnissen, worauf sich ein »Überbau« von Politik und Ideologie erhebt, der durch die Vorgänge in der Basis determiniert wird und diese umgekehrt mit Legitimation ausstattet. Der strukturelle Marxismus wendet sich von diesem Modell weitgehend ab: Althusser zufolge ergibt sich die Gesamtheit einer Produktionsweise aus der Artikulation der drei Elemente oder Instanzen des Ökonomischen, des Politischen und des Ideologischen, doch determiniert die Instanz des Ökonomischen nicht länger die Instanzen des Ideologischen und des Politischen, sondern der Moment der Determination durch die Ökonomie wird auf die »letzte Instanz« verschoben (deren Stunde jedoch, Althusser zufolge, nie schlägt).<sup>1</sup>

Die Regulationstheorie wird einen vergleichbaren Schritt über den Althusserianismus hinausmachen und dennoch, wie auch der Postmarxismus Laclau und Mouffe, auf den wir noch kommen werden, an einem wichtigen Merkmal strukturalistischer Theorie festhalten: ihrem *Relationismus*. Nach Alain Lipietz (1992: 44), einem Hauptvertreter der Pariser Regulationsschule, ist soziale

**1** | Zu diesem Zweck wird eine Unterscheidung getroffen zwischen jener Determination in letzter Instanz durch das Ökonomische und der Dominanz einer bestimmten Instanz (und man geht davon aus, dass jedes komplexe Ganze von einer bestimmten Instanz dominiert wird), die in einer gegebenen Produktionsweise nicht unbedingt die Ökonomie sein muss: im Feudalismus etwa könnten auch Politik oder Religion die dominanten Instanzen stellen, was allerdings nichts an der Determination »in letzter Instanz« durch das Ökonomische ändert. Diese bloße Verschiebung des ökonomistischen Determinationsverhältnisses ins letzte Glied wurde daher durch den späteren Postmarxismus als unzureichend für eine Abkehr vom technologisch-ökonomistischen Determinismus kritisiert, da es sich nur um eine Verschiebung des Determinismus auf höhere Ebene – bzw. in eine schlechte Unendlichkeit – handle, nicht um dessen Dekonstruktion (vgl. Laclau und Mouffe 1991).

Wirklichkeit »ein Gewebe, eine Artikulation von relativ autonomen und spezifischen Verhältnissen«, die einander überdeterminieren. Damit dieses Netzwerk sozialer Verhältnisse (darunter ökonomische Verhältnisse wie etwa das Lohnverhältnis), aus welchem Gesellschaft gebildet ist, auf Dauer gestellt werden kann, muss es reproduziert werden. Bereits die Althusserianer hatten den marxistischen Begriff der Reproduktion ausgeweitet und darunter nicht nur die Reproduktion der Arbeitskraft verstanden, sondern die aller gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Althusser 1995; Althusser/Balibar 1972: 268-365; Demirovic 1992: 136). Die strukturalistische Marx-Lektüre tendierte jedoch zur funktionalistischen Unterstellung, die Gesamtheit der Strukturen würde durch die Erfordernisse der Reproduktion in Gang gehalten. Dies schien aus zwei paradigmatischen Vorannahmen zu folgen: der strukturalistischen Vorannahme, strukturelle Verknüpfungen seien nur in ihrer Synchronizität zu beschreiben (während sich qualitative Veränderung jenseits bloßer Variation innerhalb einer strukturellen Gesamtheit innerhalb des strukturalistischen Paradigmas nur schwer denken ließe), sowie der spinozistischen Vorannahme, eine Struktur tendiere ihrer Bestimmung nach dazu, in ihrem Wesen zu verharren (vgl. Lipietz 1992: 45). So wurde der kapitalistische Produktionsprozess von Balibar vor dem Hintergrund der Reproduktion der Stellungen von Menschen – als den Trägern der Struktur – und Dingen innerhalb der synchronen Struktur der Produktionsweise analysiert: ihre jeweilige Funktion als Produzenten und Produkte sei durch die Erfordernisse der Reproduktion festgelegt. Damit wurde aber Reproduktion auf eine endogenen ökonomischen Gesetzen gehorchende Stabilisierungsfunktion reduziert. Laut regulationstheoretischer Kritik werde die Instabilität der Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise übersehen (denn wird zum Beispiel zu viel Mehrwert abgepresst, gibt es nicht mehr genügend Kunden, so Lipietz 1992: 39). Die Althusser-Marxisten insistierten in einem Ausmaß auf der Funktion von Reproduktion, »dass sie dabei vergaßen, dass diese Verhältnisse widersprüchlich sind und dass sie in jedem Moment der Krise unterworfen sind« (Lipietz 1998: 15).

Die Regulationisten wollen einen Perspektivwechsel anregen und dem widersprüchlichen Charakter jeder elementaren Struktur des Kapitalismus wieder zu eigenem Recht verhelfen: Aufgrund der ursprünglichen Widersprüchlichkeit sozialer Verhältnisse funktioniere Reproduktion nie reibungslos, vielmehr sei »die Krise das Normale, der natürliche Zustand, und die Nicht-Krise ist ein eher zufälliges Ereignis« (Lipietz 1998: 13). Aus dieser Perspektive wird gerade die temporäre, scheinbare Überwindung des Normalzustands der Krise durch die (vorübergehend) stabile Reproduktion des Kapitalismus erklärungsbedürftig. Mit Hilfe des gegen das struktural-marxistische Konzept der Reproduktion in Stellung gebrachten Konzepts der *Regulation* soll erklärbar werden, »wie ungeachtet des widersprüchlichen Charakters der sozialen Verhältnisse und durch ihn hindurch eine Einheit von Verhältnissen reproduziert wird« (5). Das Kon-

zept füllt jene Leerstelle aus, die sich auftut, sobald nicht länger davon ausgegangen werden kann, dass sich der Kapitalismus auf Basis endogener Gesetze entfaltet und die Reproduktion sozialer Verhältnisse also nicht »von selbst« vor sich geht, obwohl sie über lange Perioden – bis sie in eine große Krise gerät – durchaus den Anschein erweckt, *als würde* sie von selbst vor sich gehen. So lautet die Ausgangshypothese des Regulationsansatzes: »Der Kapitalismus ist eine Macht der Veränderung, die ihr Regulationsprinzip nicht in sich trägt«, da dieses in der Kohärenz der sozialen Vermittlungen, i.e. Regulationen zu suchen sei (Aglietta 2000:40). Um nun zu verstehen, wie dies vor sich geht und wie die Regulationisten die spezifische Funktionsweise des Kapitalismus bzw. Veränderungen in dessen Funktionsweise erklären, ist es erforderlich, die Grundkategorien der Regulationstheorie darzustellen. Es geht den Regulationisten nämlich nicht darum, *den* Kapitalismus in seiner abstrakten Form als Produktionsweise zu erklären. Dies wäre schon alleine deshalb unmöglich, weil eine gegebene Gesellschaftsformation immer durch die Ungleichzeitigkeit verschiedener Produktionsweisen bestimmt ist (»Reine Produktionsweisen gibt es nicht«, so Lipietz 1992: 26, weshalb auch die Rede von *der* kapitalistischen Produktionsweise eine im besten Fall abstrahierende Verkürzung darstellt). Sie wollen vielmehr ein konkretes, über eine lange Periode wirksames historisches »Entwicklungsmodell« erklären, welches sich aus – wiederum jeweils spezifischen – technologischen Paradigmen, bestimmten Akkumulationsregimes und entsprechenden Regulationsweisen zusammensetzt. Was genau ist unter diesen Kategorien also zu verstehen?

Unter einem *industriellen Paradigma* wird ein Modell technischer und gesellschaftlicher Arbeitsteilung verstanden – wie etwa die Mechanisierung und Taylorisierung von Massenproduktion. Der Begriff des *Akkumulationsregimes* bezeichnet einen makroökonomischen »Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes« durch längerfristige Abstimmung von sich verändernden Normen der Produktion und der Nachfrage, also durch Herstellung eines Entsprechungsverhältnisses zwischen »einerseits der Transformation von Produktionsverhältnissen (Volumen des eingesetzten Kapitals, Aufteilung unter den Branchen und Produktionsnormen) und andererseits der Transformation von Verhältnissen der tatsächlichen Konsumtion (Konsumtionsnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben etc.)« (Lipietz 1998: 161).<sup>2</sup> Allerdings, und dies ist die wesentliche Pointe

---

**2 |** Dabei wird von mehreren Typen von Akkumulationsregimen ausgegangen: »die *extensive* Akkumulation (einfache, gleichmäßige Ausweitung der Produktionsabteilungen), die *intensive* Akkumulation ohne Massenproduktion (bei der nur das Anschwellen des konstanten Kapitals das Wachstum in der Abteilung zur Produktion von Produktionsmitteln validiert), die intensive Akkumulation mit steigendem Massenkonsum etc.« (Lipietz 1998: 161).

der Regulationstheorie, ergibt sich keine automatische Konvergenz zwischen Produktions- und Konsumtionsnormen, sondern Übereinstimmungen im Sinne eines bestimmten Akkumulationsregimes werden erst durch verschiedene vermittelnde *Regulationsformen* gewährleistet, die sich zu einer *Regulationsweise* zusammenschließen, d.h. einer »Gesamtheit von Vermittlungen, die die von der Kapitalakkumulation hervorgerufenen Verwerfungen so eingrenzen, dass sie mit dem sozialen Zusammenhalt innerhalb der Nationen vereinbar sind« (Aglietta 2000: 11). Oder in der Definition von Lipietz (1998: 163): »Wir nennen *Regulationsweise* die Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten oder impliziten Normen, die die Kompatibilität der Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes in Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen und durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter der Beziehungen zwischen den Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen hindurch gewährleistet.« Unter kapitalistischen Bedingungen erfordert das eine ganze Reihe von Regulationsformen: Es muss das Lohnverhältnis reguliert werden, indem zeitlicher Umfang, Intensität und Wert der Arbeit bestimmt, Arbeitsmärkte organisiert, Qualifikations- und Aufstiegswege festgelegt werden. Das Geld muss – qua Kapital- und Kreditsystem – in seiner Verwaltung, Emission, Zirkulation und Allokation für Produktionszwecke reguliert werden. Die Form und interne Organisation von Unternehmen wie auch deren wechselseitiges Verhältnis (Verbindung und Konkurrenz) muss reguliert werden. Die Rolle des Staates in Form von Interventionen und die Institutionalisierung von Kompromissen zwischen Arbeit und Kapital stellt eine wichtige Regulationsform dar, so wie auch das Arrangement der internationalen Beziehungen zwischen Staaten (Handel, zwischenstaatliche Abkommen etc.) (sh. Lipietz 1998: 163; Jessop 2007: 237).<sup>3</sup>

Damit die Akkumulation von Kapital innerhalb eines gegebenen Regimes auf längere Zeit gewährleistet werden kann, ist also die vermittelnde Intervention einer Reihe von Regulationsformen vonnöten. Obwohl, wie Lipietz (1992: 46) selbst eingesteht, auch die Regulationstheorie gelegentlich einem gewissen Funktionalismus erliegt, sofern »Regulation« in manchen Formulierungen einfach bezeichnet, »was nötig ist, damit die Reproduktion *trotzdem* funktioniert«, steht für Regulationstheoretiker fest, dass Akkumulationsregime und Regulationsweise in keinem natürlichen Entsprechungsverhältnis stehen. Transformiert sich ein Akkumulationsregime, wie etwa aufgrund fallender Profitraten, können Diskrepanzen gegenüber der vorherrschenden Regulationsweise auftreten, die nun nicht mehr als Garantin der Akkumulation, sondern womög-

**3** | Daraus ergibt sich schließlich – »meta-ökonomisch« – das erwähnte »*Entwicklungsmodell*«, »wenn ein industrielles Paradigma, ein Akkumulationsregime und eine Regulationsweise sich gegenseitig so ergänzen, dass eine Zeit lang die Bedingungen für eine lange Welle kapitalistischer Expansion gewährleistet sind« (Jessop 2007: 238).

lich als Akkumulationshindernis verstanden wird. Es kommt zur Suche nach neuen Regulationsformen. Genau das geschah im Übergang vom Akkumulationsregime des Fordismus zu jenem des Postfordismus, der aus einer am Ende der 60er-Jahre einsetzenden und Mitte der 70er-Jahre kulminierenden großen Krise hervorging und zum historischen Ausgangspunkt der regulations-theoretischen Überlegungen wurde. Die neue Regulationsform der *Prekarisierung* entsteht als Antwort auf diese Krise des Fordismus. Was landläufig mit dem für den Postfordismus einschlägigen Begriff der »Deregulierung« gefasst wird, darf also keinesfalls als eine Art Selbstaufgabe von Regulation verstanden werden, vielmehr handelt es sich um eine *spezifische*, nämlich postfordistische Form von Regulation.

Was sind nun, aus regulationstheoretischer Sicht, die Charakteristika des Fordismus bzw. Postfordismus? Der Fordismus wurde am vielleicht bündigsten beschrieben als »ein intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsumtion bei monopolistischer Regulation, das im ›Nordwesten‹ des Globus von 1950 bis 1970 vorherrschend war« (Lipietz 1998: 168). Es war gekennzeichnet durch eine zu Produktivitätszuwächsen führende Form der Arbeitsorganisation, die sich auf die Kurzformel »Taylorisierung + Mechanisierung« bringen lässt. Ein Teil des erzielten Profits wurde entsprechend der Zuwächse an die Lohnempfänger weitergegeben, was eine faktische Koppelung von Produktivitätszuwachs und Anstieg der Reallöhne bedeutete und wiederum den Massenkonsum antrieb. Daraus ergeben sich die folgenden Grundprinzipien fordistischer Regulation:

Das Herzstück der Regulation bestand in der Herstellung der Kohärenz zwischen den schnellen Produktivitätsfortschritten, der Expansion der Realeinkommen und der Stabilität ihrer Verteilung. Der Reallohn stieg regelmäßig, weil er auf das Wachstum der Arbeitsproduktivität abgestimmt war. Die funktionelle Verteilung des Gewinns zwischen Lohnabhängigen und Profiten blieb stabil mittels der Steigerung des Nominallohnes, die auf die Preisentwicklung abgestimmt war. [...] Zu dieser ersten Säule des Akkumulationsregimes – der Verteilung der Reichtümer – kommt eine weitere, die viele Facetten hat: das hohe Investitionsniveau, die allgemeine Ausweitung der Beschäftigung, die Stabilität der Beschäftigungsstrukturen und die niedrige Arbeitslosigkeit. Die positive Wechselwirkung zwischen der Verteilung der Einkommen einerseits, den Investitionen und der Produktivität andererseits, entsteht aus der Dynamik der Nachfrage. Dank der enormen Umverteilung der Erträge der Produktivitätsfortschritte unter den Lohnabhängigen gab eine gesellschaftliche Nachfrage, gegründet auf den Massenkonsum in einem städtischen und stadtnahen Rahmen, dem technischen Fortschritt Antrieb und Orientierung. (Aglietta 2000: 32f.)

Vor dem fordistischen Erwartungshorizont konnte man mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, mit steigenden Mindestlöhnen und der Verallgemeinerung

von Tarifverträgen rechnen.<sup>4</sup> Das an die Parallelität von Warenproduktion und Nachfragewachstum gekoppelte Lohnverhältnis musste aber von den gesellschaftlichen Großinstitutionen gewährleistet werden, worauf der regulations-theoretische Begriff der *monopolistischen* Regulation abhebt. Es wurde ein Kompromissgleichgewicht zwischen Regierung, Gewerkschaft und Management institutionell etabliert, das zur weitgehenden Pazifizierung sozialer Kämpfe (vor allem von Arbeitskämpfen) beitrug.

Seit der zweiten Hälfte der 60er-Jahre kommt es zur Schwächung des fordistischen Modells, das in eine Akkumulationskrise gerät. Die Produktivitätszuwächse und Profite sinken, Rentabilität und Reallohnsteigerungen gehen zurück, immer weniger Arbeitsplätze werden geschaffen, der Sozialstaat beginnt in Finanznot zu geraten, vor dem Hintergrund der Internationalisierung der Produktion und der Märkte gerät das nationale Kompromissgleichgewicht ins Wanken (Lipietz 1998: 19). Die Fäden der im Fordismus gewebten Relationenstruktur beginnen sich aufzutrennen und werden neu verknüpft. Michel Aglietta spricht von einem neuen, finanzgetriebenen Akkumulationsregime bzw. einem Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes, das auf der Vorherrschaft von Konkurrenzbeziehungen, Unternehmenskontrolle durch institutionelle Anleger, die bestimmende Rolle der Geld- und Kapitalmärkte und hier vor allem auf Aktiengewinn als »Leitvariable für das Verhalten der Unternehmer« aufbaue (Aglietta 2000: 94). All diese Entwicklungen betreffen nicht zuletzt die veränderte Regulation der Arbeitsverhältnisse. So stellen Internationalisierung und der Übergang zu flexiblen Formen der Produktion die Probleme internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungsleistungen an den Flexibilitätsimperativ ins Zentrum staatlicher Arbeits- und Sozialpolitik. Bob Jessop spricht diesbezüglich von einem Übergang vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum »schumpeterschen Leistungsstaat« (Jessop 2007: 222). Letzterer korrespondiere mit dem Akkumulationsregime des Postfordismus durch seine flexibilitätsfördernde Intervention auf Angebotsseite (d.h. Unterstützung von Innovationen auf der Produkt- und Organisationsseite), wie auch durch ein workfare-Regime, dessen Arbeitsmarkt- und Arbeitskräfte-*policies* auf die Flexibilität der Arbeitskraft abheben.

Prekarisierung erweist sich nun als ein zentraler Regulationsmodus. Waren für den Fordismus unbefristete, auf kollektiven Branchenvereinbarungen gründende Beschäftigungsverhältnisse zumindest für den internen Arbeitsmarkt zumeist männlicher Arbeitskräfte typisch, so kommt es zur Wandlung dieser Arbeitsorganisation aufgrund von »Informatisierung der Arbeit, Globalisierung der Unternehmen und Auslagerung von Dienstleistungen, Mannigfaltigkeit

4 | Man wird bemerken, wie all das sich unter postfordistischen Bedingungen ins Gegenteil verkehrt und nun mit dem Abbau des Wohlfahrtsstaats, sinkenden Reallöhnen und der Durchlöcherung von Flächentarifverträgen gerechnet werden muss.

und Unbeständigkeit der Nachfrage, Druck der Aktionäre.«<sup>5</sup> In der Anpassung der Unternehmen an diese Zwänge des neuen Akkumulationsregimes sieht Aglietta den Hauptgrund für die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses. Nun beobachtet man »eine Vielzahl von Arbeitsverträgen für Teilzeit, befristete Arbeit, Heimarbeit, die Verbindung von Haupt- und Zweitbeschäftigungen sowie Dienstleistungsbeziehungen nach Vereinbarung« (Aglietta 2000: 109). War im Fordismus »Prekarität an die Ränder der kapitalistischen Akkumulation gedrängt: die kleinen Subunternehmer, die Landwirtschaft und den Kleinhandel, die Länder der Dritten Welt« (30), so kommt es nun zu einer Prekarisierung der Normalarbeitsverhältnisse, die vielfältige Formen annehmen kann. Nicht nur wird Beschäftigungssicherung und Regelmäßigkeit des Einkommens für viele fraglich, auch die vormals klar definierten innerbetrieblichen Karrierewege und -regeln werden unwägbarer. Nicht nur die Löhne werden individualisiert, sondern auch die beruflichen Laufbahnen. Dies trägt zu der von vielen Prekarisierungstheorien konstatierten Dislozierung persönlicher wie sozialer Identität, bzw., wir werden darauf zurückkommen, zur Neurotisierung des Individuums und zur Psychotisierung des Sozialen bei: »Die Zerstörung der beruflichen Zugehörigkeiten produziert Individuen ohne Bindungen, Individuen, für die die soziale Identität zum Problem wird. [...] Das Unbehagen schleicht sich in die individuellen Psychen ein, wenn die Energie, die in der Arbeit aufgewertet worden war, sich in die Angst vor einer Zukunft verwandelt, die nicht mehr vorhersehbar ist« (Aglietta 2000: 55). Es würde allerdings zu kurz greifen, wollte man ausschließlich die repressive Seite der Prekarisierungsstrategien betonen, mobilisiert doch der Postfordismus zugleich die produktive Seite der Flexibilisierung tayloristischer Arbeitsprozesse, etwa durch Einbeziehung der Kreativitäts- und Subjektivitätsressourcen der Mitarbeiter oder durch flexible Formen des Teamwork (Lipietz 1998: 170).

Nun gestalten sich dieser Wechsel im Akkumulationsregime und die ihn begleitenden Verschiebungen nach Ansicht der Regulationsweise keineswegs frictionslos. Im Besonderen stellt sich die Frage nach der Natur bzw. den Ursachen des Übergangs zum Postfordismus, wenn dieser Übergang, wie gesagt, durch keine endogenen Gesetze der Ökonomie bestimmt wird. Die Regulationstheorie schließt jedes deterministische oder lineare Geschichtsverständnis aus: Nichts am Akkumulationsregime des Fordismus beinhaltet, gleichsam als Entelechie, bereits die Keime des zukünftigen Regimes des Postfordismus, so als müssten diese im Moment der Krise nur noch zur Entfaltung streben. Die Aufeinanderfolge von Strukturen wird von den Regulationisten, anders als im Althusserianismus, wo der ursprüngliche Widerspruch der sozialen Relationen zur Syn-

**5** | Schon aufgrund der Diskrepanz zwischen den Interessen global agierender Unternehmen und jenen ihrer Herkunftsnation verlieren kollektive nationale Lohnverhandlungen an Bedeutung (Aglietta 2000: 46).



chronizität der Struktur versteinert wurde, ja nicht als bloße Variation gedacht, sondern als tatsächlicher Bruch, als »Explosion« und qualitativer Sprung aufgrund einer großen Krise des Bestehenden, die nicht ohne weiteres vorhersehbar war (Lipietz 1992: 34). Gegenüber der auf Kontinuität bedachten Theorie der Reproduktion nimmt der Regulationismus die Möglichkeit radikaler *Diskontinuität* zwischen Produktionsweisen ernst und versucht zu zeigen, »daß es ein wahres Wunder (ein ›glücklicher Fund‹) ist, daß sich eine Regulationsweise hat etablieren können, um über eine längere Periode diese Widersprüche aufzulösen« (31). Bereits bei der Herausbildung der monopolistischen Regulationsweise des Fordismus hatte es sich um eine nicht-intentionale Erfindung durch Theoretiker des Keynesianismus, reformistische Gewerkschaften und auf sozialen Konsens bedachte Regierungen gehandelt, die erst später bewusst konsolidiert wurde (52f.) und deren kontingente Ursprünge nach erfolgreicher Verallgemeinerung »vergessen« wurden (35). Lipietz zufolge konnten die Untersuchungen des regulationistisch orientierten Pariser Instituts CREMAP empirisch zeigen, dass die Genealogie der Elemente, die gemeinsam das kapitalistische Entwicklungsmodell des Fordismus definierten (also Taylorismus, die Herausbildung eines Wohlfahrtsstaats etc.) »heterogen, unsicher war und keineswegs auf die Einrichtung des ›Fordismus‹ angelegt« (36), da eine Vielzahl sozialer Kräfte um die Lösung der Widersprüche, die sich in der Weltwirtschaftskrise von 1930 offenbart hatten, kämpften. Nichts anderes gilt für den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. Es kommt zur Neuverknüpfung von Elementen, die durch die Krise des Fordismus freigesetzt wurden und nun untereinander wie auch mit neu hinzukommenden Elementen reartikuliert werden, denn »man gleitet nicht unbemerkt von der einen Produktionsweise in die andere; jeder Anfang ist ein *glücklicher Fund*: die neue Produktionsweise muß Elemente in der Auflösung der vorhergehenden ›finden‹« (29).

In dieser Betonung des Moments der Kontingenz, ja des – wenn man so will – *kairos*, besteht die entscheidende Radikalisierung des struktural-marxistischen Relationismus, und erst ein solcher Kontingenzbegriff garantiert eine grundlegende theoretische Kompatibilität der Regulationstheorie mit der post-strukturalistischen Dekonstruktion des Marxismus, wie sie in der diskursanalytischen Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes zu finden sein wird. Auch das Phänomen der Prekarisierung wird demgemäß als ein neuartikulierter Regulationsmodus verstanden werden müssen, der seinerseits einen »glücklichen Fund« darstellt (wie wir sehen werden, wird Prekarisierung besonders von Boltanski/Chiapello als ein kontingentes Fundstück beschrieben) – auch wenn dieser Fund nichts mit dem größtmöglichen »Glück« der größten Zahl zu tun haben mag. Selbstverständlich bedeutet Kontingenz nicht Arbitrarität. Die Offenheit einer historischen Situation bewährt sich immer vor dem Rahmen struktureller Zwänge, die diese Offenheit begrenzen. Nicht alle Optionen stehen in einer gegebenen Situation offen, und dennoch bleibt der – selbst wie-

derum nur vorübergehende – Ausgang der Situation kontingent, sofern er erst durch die *sozialen Kämpfe*, die um deren Definition und Lösung kreisen, bestimmt wird. Denn um »die Lücke zu schließen, die das Geheimnis des Endes von großen Krisen darstellt, muss man offensichtlich soziale Kräfte einbringen samt ihren Vorschlägen und Kämpfen – ob bewusst oder unbewusst – für einen Ausgang aus der Krise, der allerdings nie genau der angestrebte ist« (Lipietz 1998: 40). Mit dieser konflikttheoretischen Wendung der Regulationstheorie wird Kontingenz (»Offenheit« einer krisenhaften Situation) in einen unaufheb- baren Zusammenhang mit Konflikt (sozialen Kämpfen) und schließlich Kom- promiss (als vorläufiger Aufhebung des Konflikts) gestellt:

Bei jeder großen Krise gibt es Auseinandersetzungen und die Menschheit sucht nach neuen Beziehungen, neuen Kompromissen. Bei jeder großen Krise ist die Richtung of- fen: Geschichte ist offen. Ich will damit nicht behaupten, dass Geschichte völlig offen ist, denn natürlich schränken die Last der Vergangenheit, das vorhandene Set von Ver- hältnissen und die vorhandenen Produktivkräfte ein, was getan werden kann. Doch in- nerhalb dieser Grenzen ist es ausschließlich der Klassenkampf, der ideologische Kampf, der politische Kampf, der den Ausweg aus einer großen Krise zeigt. (Lipietz 1998: 18)

Diese, wie man sagen könnte, »trinitarische Formel« von Krise, Konflikt und Kompromiss findet ihr Vorbild in der Hegemonietheorie Antonio Gramsci (1991ff.), von der auch der Begriff des Fordismus entlehnt ist. Hegemoniethe- oretisch lässt sich die zentrale, die Analysebestrebungen der Regulationstheorie motivierende Frage folgendermaßen reformulieren: Auf welche Weise gelingt es einer Klasse bzw. Allianz von Gruppen und Klassenfraktionen, die Einheit einer überdeterminierten und von Antagonismen durchkreuzten Gesellschafts- formation (im Unterschied zum ökonomischem Abstraktum einer Produk- tionsweise) qua Repräsentation ihrer *Allgemeinheit* zu inkarnieren und in Form eines, sei es auch mehr oder weniger instabilen Konsenses vorübergehend zu stabilisieren?

Nun war, wie gesagt, bereits von den Regulationisten im Anschluss an Gramsci und den althusserianisch-gramscianischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas geltend gemacht worden, dass es Aufgabe der *politischen Hegemonie* sei, eine solch konsensuale Einheit durch Herstellung (wiederum vorüberge- hender) institutionalisierter Klassenkompromisse zu gewährleisten. Ein noch recht enger Hegemoniebegriff wird bereits von Lipietz entwickelt, wenn die- ser betont, Akkumulationsregime und Regulationsweisen müssten sich in eine »Dreiecksbeziehung« (Lipietz 1998: 163) mit solchermaßen artikulierten *hegemo- nialen Blöcken* zusammenschließen.<sup>6</sup> Aus Sicht ihrer deutschen Kritiker – die,

**6** | In Perioden, in denen eine weitgehende Entsprechung der Elemente dieses Dreiecks herrscht, so Lipietz (1998: 163), sei »das Akkumulationsregime die Grundlage

neben Bob Jessop, den gramscianisch-hegemonietheoretischen Aspekt der Regulationstheorie ausbauen<sup>7</sup> – vertritt die französische Regulationstheorie damit einen zu eng gefassten Hegemoniebegriff; Demirovic (1992: 133) sieht hierin sogar einen der Schwachpunkte des Regulationsansatzes, sofern die Verbindung von Ökonomie und sozialen Kämpfen theoretisch nicht ausreichend bestimmt werde. Tatsächlich umschließt das regulationstheoretische Konzept der *Regulationsweise* zuvorderst Phänomene, die man aus politisch-hegemonietheoretischer Perspektive dem Bereich der Ökonomie im engeren Sinne zuschlagen würde: das Lohnverhältnis, die Organisation des Arbeitsmarktes, des Geldes, der Unternehmen etc. Obwohl, wie manche Regulationisten nahelegen, eine Regulationsweise auch die Lebensweise der Menschen umfassen soll, lasse sich eine Lebensweise unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie nicht nur ökonomisch-politisch bestimmen, müsse doch »die Gesamtheit der kollektiven Lebensformen und sozialen Verhältnisse berücksichtigt werden« (138). Wenn etwa Aglietta, so Candeias (2004: 27), von Lebensverhältnissen spricht, so bezieht er sich damit ausschließlich auf gesellschaftliche Konsumnormen, verwendet also diesen Begriff als ökonomische Kategorie, während bereits Gramsci in seiner Fordismusanalyse demonstriert habe, dass Lebensverhältnisse u.a. auch Denkformen oder die Form von Partnerschaftsbeziehungen beinhalten. Solche Aspekte von Hegemonie würden von der Regulationstheorie außeracht gelassen. Hegemonie müsse breiter gefasst werden und umfasse die Ausbildung und Verallgemeinerung »kollektiver Lebensformen im intermediären Bereich der Zivilgesellschaft«, wo »vielfältige kulturelle, intellektuelle und diskursive Herrschaftsbeziehungen« organisiert würden (Demirovic 1992: 135). Joachim Hirsch, der den Regulationsansatz im deutschsprachigen Raum wohl am bündigsten zu einer an Gramsci und Poulantzas orientierten allgemeinen Theorie entwickelt hat, weitet folgerichtig den Begriff der Regulationsweise über die von den Regulationstheoretikern als wesentlich erachteten Fragen der Waren- und Lohnverhältnisse hinaus aus: Für Hirsch werden Regulationsbeziehungen durch die – gramscianisch konzeptualisierten – institutionellen Apparate der Zivilgesellschaft definiert: »zum institutionellen System der Regulation gehö-

---

der materiellen Existenz eines hegemonialen Blocks [...], der seinerseits eine Regulationsweise gewährleistet, die ihrerseits die Reproduktion des Akkumulationsregimes steuert. Die Kohärenz dieses Dreiecks, das ich hier »hegemoniales System« nennen werde, realisiert sich in *strukturellen Formen*, die die Kristallisation von *institutionalisierten Kompromissen* [...] sind, deren wichtigste Form zugleich Archetyp und Garant des Weiterbestehens der anderen in letzter Instanz der Staat ist.«

**7** | In Deutschland führte die »Entdeckung« der Regulationstheorie, die das marxistische Erkenntnisinteresse auf das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Ökonomie und Politik umgelenkt hatte, laut Röttger (2003: 18), zu einem »Aha-Erlebnis« (sh. dazu auch Becker 2003).

ren die Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, Medien, die gesamte Apparatur des politisch-administrativen Systems und nicht zuletzt die Familie als Ort der Reproduktion der Arbeitskräfte. Es umfasst ein komplexes Netzwerk sozialer und kultureller Milieus, in denen sich die bestimmenden gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen herausbilden« (Hirsch 2002: 56).

In welcher Hinsicht müsste unser Verständnis von Fordismus bzw. Postfordismus nach Übernahme eines umfassenden Hegemoniebegriffs modifiziert werden; bzw. welche Folgen besäße eine solche Modifikation vor allem für unser Verständnis von Prekarisierung als der maßgeblichen postfordistischen Regulationsform? Folgende Antwort drängt sich auf: So wie ein enger von einem umfassenden Begriff von Regulation unterschieden werden muss, so muss auch ein enger von einem umfassenden Begriff von Prekarisierung unterschieden werden. Beinhaltete der soziale Kompromiss, der den Fordismus stützte, im *engeren* Sinn die Etablierung von Normalarbeitsverhältnissen (u.a. des Normalarbeitstags und einer klaren Trennung zwischen Arbeitszeit und Freizeit als Reproduktions- und Konsumzeit), so implizierte der Kompromiss im *umfassenden* Sinn, wie er schon von Gramsci analysierte wurde, eine bestimmte Figuration der lebensweltlichen Beziehungen, die bis in die intimsten Aspekte der Subjektivierung hineinreichte. Dasselbe lässt sich *mutatis mutandis* vom Postfordismus sagen. Begrenzt man die Analyse also auf die Ebene der Arbeitsverhältnisse, wird man konstatieren können, dass sich die fordistische »Arbeitnehmergesellschaft« zunehmend in eine »Unternehmergesellschaft« von Arbeitskraft- und Kleinunternehmern sowie mehr oder weniger (Schein-)Selbstständigen transformiert« (Hirsch 2002: 187), die alle dem Flexibilitätsimperativ unterworfen sind. In diesem engen, nach wir vor gültigen Sinn werden vor allem die Arbeitsbeziehungen durch Prekarität neu reguliert. Aber in einem umfassenden, hegemonietheoretisch reformulierten Sinn von Regulation durchdringt ein Regime wie das des Fordismus oder des Postfordismus *die gesamte Lebensweise* der Akteure, und Prekarisierung führt zur Fragmentierung und Heterogenisierung nicht nur der Arbeitsverhältnisse, sondern der gesamten Gesellschaftsstruktur und aller sozialen Lagen (Hirsch/Roth 1986: 136).

Fassen wir den regulationstheoretischen Beitrag zur Erklärung von Prekarisierung zusammen, bevor wir zum nächsten Erklärungsansatz übergehen: Die durch Prozesse der Kapitalakkumulation hervorgerufenen sozialen Krisen, Konflikte und Verwerfungen führen nach Annahme der Regulationstheorie allein deshalb nicht zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft, weil sie durch eine je historisch spezifische Regulationsweise eingegrenzt werden (Aglietta 2000, 11). Unter letzterer ist ein Ensemble aus Normen, Werten und Institutionen (sozialpartnerschaftliche Verbände, Unternehmen, staatliche Administration und Medien) zu verstehen, durch welches auftretende Konflikte vorübergehend pazifiziert und konsensual reguliert werden, wodurch sozialer Zusammenhalt

auch unter Krisenbedingungen zumeist garantiert bleibt. Erst durch solch institutionelle und kulturelle Regulationsweisen reproduziere sich ein »soziales Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters« (Lipietz 1985: 109). Allerdings ist dieses Ensemble selbst wiederum umkämpft. Eine der zentralen Erkenntnisse der Regulationsschule lautet nun, dass die Krise des Fordismus mit einer Änderung der hegemonialen Regulationsweise einhergeht. Die sozialen Konfliktachsen verschieben sich und verlieren ihre korporative Gestalt, während die Beschäftigungsverhältnisse stark von Tendenzen zur Entformalisierung und Prekarisierung geprägt sind (Hirsch 2002: 177). So lässt sich im engen Sinn unter Prekarisierung eine der Regulationsformen der Regulationsweise des postfordistischen Akkumulationsregimes verstehen, im umfassenden Sinn aber ein *die gesamte* Lebensweise im Postfordismus imprägnierendes Phänomen.

Der regulationstheoretische Ansatz ermöglicht aus meiner Sicht eine Reihe von Erkenntnissen, an denen auch für die weitere Untersuchung festgehalten werden soll: Der Ansatz schreibt sich erstens ins Paradigma eines *radikalen Relationismus* ein, womit das Soziale nicht als Substanz, sondern als Verhältnis gedacht und zugleich – dies der Schritt über den Relationismus des strukturalen Marxismus hinaus – das Moment der unaufhebbaren Kontingenz sozialer Verhältnisbildung berücksichtigt werden kann; zweitens wird ein Begriff von Ökonomie entwickelt, der die Grenze zwischen Akkumulation und Regulation und damit die Vorstellung einer in sich abgeschlossenen und endogenen Gesetzen gehorchenden Sphäre des Ökonomischen zunehmend brüchig werden lässt (womit zugleich die althusserianische Idee einer Determination in letzter Instanz durch die Ökonomie hinfällig wird); da die Grenze zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise nicht eindeutig gezogen werden kann, muss der Postfordismus drittens als eine Akkumulation wie Regulation *umfassende* hegemoniale Formation beschrieben werden, in der zwar die Regulationsform der Prekarisierung (von Arbeitsverhältnissen) eine wichtige Funktion besitzt, im weiteren, hegemoniethoretischen Sinn aber die gesamte Textur des Sozialen (also auch jenseits der Arbeitsverhältnisse) Prekarisierungsprozessen unterworfen ist. Wir werden nach dem folgenden Durchgang durch weitere integrale Erklärungsansätze von Prekarität – namentlich Gouvernamentalitätsstudien, Postoperaismus und pragmatische Soziologie – auf zwei weitere wichtige Merkmale bzw. Erkenntnisse der Regulationstheorie zurückkommen: nämlich erstens die bedeutende Rolle von Medien und Kommunikation im Übergang zum Postfordismus, und zweitens die Konflikttheorie der Regulationstheorie, die ein Primat sozialer Kämpfe bzw. Bewegungen nahelegt.

## 1.2 GOUVERNEMENTALITÄTSSTUDIEN: SUBJEKTIVIERUNG UND UNSICHERHEITSDISPOSITIV

Obwohl die vom Althusser'schen strukturalen Marxismus ausgehende Regulationstheorie durchaus mit den an Foucault anschließenden Gouvernamentalitätsstudien komplementär ist (Schwarz 1994), wurde doch mehrfach kritisch festgestellt, dass innerhalb der Regulationstheorie mögliche Anschlüsse an Foucaults Konzept der Gouvernamentalität bislang verpasst wurden (Demirovic 2003: 50f.; Peter 2003; Hirsch 2002). Aus diesem Grund blieben die entscheidende Rolle des Subjekts und die Funktion von Subjektivierungsprozessen weitgehend unterbestimmt. Mithilfe der an Foucault (2004) anschließenden *governementality studies* oder Gouvernamentalitätsstudien (Burchell et al. 1991; Barry et al. 1996) lässt sich diese Lücke füllen. Es sollte allerdings vorangeschickt werden, dass die Regulationstheorie sehr wohl nach einem Subjektbegriff sucht, der ihr erlauben würde, über das strukturalistische Modell der Reproduktion einerseits und das voluntaristische des klassischen Begriffs intentionaler Subjektivität andererseits hinauszugehen. Ein Ausweg aus dem Strukturalismus besteht, wie gesagt, in der Einfügung eines starken Begriffs von Kontingenz, denn wenn die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften »weder schicksalhafte Notwendigkeit noch absichtsvolle Möglichkeit« (Jessop 2007: 249) ist, dann erklärt das Konzept der »glücklichen Fundsache« zumindest Verschiebungen und Spielräume in und zwischen Strukturen, die nicht durch die Erfordernisse der Reproduktion vorgegeben oder gar determiniert sind. Was zu beantworten bleibt, wäre dann die Frage nach der Handlungsmacht der Akteure bzw. die Funktion eines Subjekts, das auf keine von Strukturen determinierte Subjektposition reduzierbar wäre. Besonders die Arbeiten von Lipietz sind um eine Antwort auch auf diese Frage bemüht, wobei Lipietz auf das Bourdieu'sche Habitus-Konzept zurückgreift, um die Abstimmung zwischen Akkumulationsregime und den von einer Regulationsweise bestimmten individuellen Erwartungen und Verhaltensweisen zu erklären.<sup>8</sup> Auch in der deutschen Debatte wurde vorgeschlagen, den postfordistischen Subjektbildungsprozess der Verinnerlichung von Marktzwängen in Alternative zum Gouvernamentalitätsansatz mit Bourdieus Habitusbegriff zu konzeptualisieren (Dörre 2003: 27). Allerdings wurde

---

**8** | Bereits bei Bourdieu ist das Konzept des Habitus dazu gedacht, zwischen Struktur und Handlung zu vermitteln, ohne dass dabei die Struktur einfach nur habituell reproduziert würde. Bei Lipietz (1998: 91) heißt es analog: »Der Habitus ist kein Programm, das das Individuum dazu bestimmt, sich auf triviale Weise den Erfordernissen der Reproduktion anzupassen. Der Habitus ist eine innere Bereitschaft, das Spiel zu spielen, jedoch entsprechend den eigenen Absichten – und sogar das Spiel aufzugeben, wenn sich Möglichkeit und Interesse bieten. In diesem Sinne reproduziert der Habitus nicht einfach nur die Wirklichkeit: Er transformiert sie, er bringt sie sogar hervor.«

gegen diesen Vorschlag der Einwand erhoben, dass das Habitus-Konzept nicht geeignet sei, um alle Aspekte von Subjektivierung abzubilden. So wurde von Demirovic (1992: 140) eingeworfen, dass sich mit diesem Konzept »ständige Veränderungen der sozialen Verhältnisse und dadurch bewirkte Krisenprozesse, individuelle und soziale Ungleichzeitigkeiten, die Formierung sozialer Interessen und ihre antagonistische Verschränktheit, aktiv getragene Bündnisse zwischen sozialen Kollektiven, die Ausbildung gemeinsamer Denkformen und Wissenstransfers«, wie sie die Bildung von Regulationsweisen durch Konflikte und Kompromisse bestimmten, nur schwer analysieren ließen. Auf Basis seiner Kritik an einem zu kurz gegriffenen Subjektivierungsmodell schlägt Demirovic vor, auf Foucaults Begriff der Selbstsorge zurückzugreifen (Demirovic 1992: 139).

In der Tat hat sich eine ganze Schule um dieses Konzept des späten Foucault und dem unmittelbar zuvor entwickelten Konzept der *Gouvernementalität* entwickelt. Unter letzterem wird die Gesamtheit jener Institutionen, Verfahren, Analysen und Berechnungen (Foucault 2000a: 64) verstanden, welche seit dem 18. Jahrhundert einerseits die »Regierung« des statistischen Gesamtobjekts »Bevölkerung« zum Ziel hat und andererseits die Regierung der Denk- und Verhaltensweisen der einzelnen Individuen. Der Staat im engeren Sinn wird dabei – ähnlich wie in der Regulationstheorie – nur als eine besondere Form des Regierens verstanden, die den umfänglichen Bereich *gouvernementaler* Planungen und soziotechnokratischer Eingriffe keineswegs ausschöpft (Miller/Rose 1994: 57). Foucaults berühmtes Diktum, er wolle auf eine Staatstheorie verzichten wie auf eine schwer verdauliche Mahlzeit (Foucault 2006: 114; 2000: 69), folgt aus seinem nominalistischen Ansatz, der es verbietet, nach einem Wesen *des* Staates zu suchen. Stattdessen wird der Staat – gleichsam von unten, d.h. von den ihn konstituierenden Macht- und Regierungstechnologien her – definiert als »die Wirkung, das Profil, der bewegliche Ausschnitt einer ständigen Staatsbildung oder ständiger Staatsbildungen, von endlosen Transaktionen, die die Finanzierungsquellen, die Investitionsmodalitäten, die Entscheidungszentren, die Formen und Arten von Kontrolle, die Beziehungen zwischen den lokalen Mächten und der Zentralautorität usw. verändern, verschieben, umstürzen oder sich heimtückisch einschleichen lassen«. Aus dieser Perspektive präsentiert sich der Staat schließlich nur noch »als der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren *Gouvernementalitäten*« (2006: 115). Solch *gouvernementale* Technologien setzen sich bis in die kleinsten Verästelungen des Alltagslebens, der Populärkultur und der Medien durch. Aus Perspektive der *governmentality studies* beschreibt Prekarität somit kein bloß ökonomisches Faktum, sondern eine von den einzelnen Subjekten in vielfältigen Formen der Selbstregierung und der »Technologien des Selbst« gelebte *gouvernementale* Technologie.

Sehen wir also, wie vor einem von Foucault inspirierten Theoriehintergrund erklärt werden kann, wie die *gouvernementalen* Strategien der Prekarisierung

mit neoliberalen Subjektivierungsformen ineinandergreifen. Foucault entwickelt seine Analyse des Neoliberalismus – in dessen Doppelgestalt eines deutschen Ordoliberalismus der »Wirtschaftswunderzeit« und eines US-amerikanischen Anarcholiberalismus – in seinem Seminar am *Collège de France* des Jahres 1979 (Foucault 2006), also noch vor Übernahme der Regierungsmacht durch Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA. Der deutsche Ordoliberalismus dürfe nicht als bloße Verlängerung des Liberalismus verstanden werden. War es Ziel des letzteren, einen Raum wirtschaftlicher Freiheit zu erzeugen, der durch den Staat eingegrenzt werden sollte, so drehen die Ordoliberalen dieses Prinzip um. Sie wollen »die Freiheit des Marktes als Organisations- und Regulationsprinzip einrichten, und zwar vom Beginn seiner Existenz an bis zur letzten Form seiner Interventionen. Anders gesagt, es soll sich vielmehr um einen Staat unter der Aufsicht des Marktes handeln als um einen Markt unter der Aufsicht des Staates« (Foucault 2006: 168). Dabei werde von der Regierung durchaus aktives Einwirken (und nicht bloßes *laissez faire*) auf die Struktur der gesamten Gesellschaft verlangt. Ziel dieser Eingriffe ist die Etablierung des Marktprinzips zur Regelung der Gesellschaft. Es geht dem Neoliberalismus darum, dass »die Wettbewerbsmechanismen in jedem Augenblick und an jedem Punkt des sozialen Dickichts die Rolle eines regulierenden Faktors spielen können« (207). Der Markt wird zum Prinzip des Staates und zugleich zum »regulativen Prinzip« der Gesellschaft. Die Ausdehnung des Agonismus marktförmigen Wettbewerbs (ein tradiertes Motiv des 19. Jahrhunderts) wird dabei als eine *unendliche Aufgabe* imaginiert, nicht etwa als bereits erreichtes oder bald erreichbares Faktum.<sup>9</sup> Wenn die Marktwirtschaft auf diese Weise jene Regel auferlegt, der gemäß alles Regierungshandeln auszurichten sei, dann stehen Markt und Staat nicht länger in einem wechselseitigen Begrenzungsverhältnis: »Es wird kein Spiel des Marktes geben, das man unbeeinflusst lassen soll, und dann einen Bereich, in dem der Staat zu intervenieren beginnen wird, weil eben der Markt oder der reine

**9** | Vor dem Hintergrund der Beziehung einer Reihe von Ordoliberalen zur Philosophie Husserls (vor allem die persönliche Beziehung Walter Euckens zu seinem Freiburger Kollegen Husserl ist einschlägig) könnte man aus Foucaults Interpretation den Schluss ziehen, man müsse Husserl lesen, will man den Ordoliberalismus verstehen, denn der »Wettbewerb ist ein Wesen, er ist ein *eidos*« (Foucault 2006: 173). Das bedeutet zugleich, dass, wie Foucault in seiner Lektüre ordoliberaler Programme unterstreicht, »der reine Wettbewerb also keine elementare Gegebenheit ist. Er kann nur das Ergebnis einer langen Bemühung sein, und eigentlich wird der reine Wettbewerb niemals erreicht. Der reine Wettbewerb soll und kann nur ein Ziel sein, ein Ziel, das folglich eine äußerst aktive Politik verlangt. Der Wettbewerb ist also ein geschichtliches Ziel der Regierungskunst und kein Naturgegebenheit, die es zu beachten gälte« (Foucault 2006: 173). Die formale Struktur des Wettbewerbs impliziert also unermüdliche Bemühungen zu seiner Herstellung.



Wettbewerb, der das Wesen des Marktes ist, nur dann in Erscheinung treten kann, wenn er hergestellt wird, und zwar von einer aktiven Gouvernementalität« (174).

Aus dieser Perspektive ließe sich Prekarisierung als eine gouvernementale Technologie definieren, die am langfristigen Ziel der Ausbreitung marktförmiger Regulierungslogiken auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgerichtet ist und damit auf das Gesamt der Gesellschaft zielt. Zu diesem Zweck scheint die neoliberale Gouvernementalität eine »Kultur der Gefahr« (Foucault 2006: 102) zu errichten, die, bei allen Unterschieden, an jene des Liberalismus des 19. Jahrhunderts erinnert, die von Foucault bereits analysiert wurde. Schon der damalige Liberalismus setzte seine zentrale Kategorie der Freiheit nicht einfach voraus, sondern die liberale Regierungskunst war darauf ausgerichtet, Freiheit entstehen zu lassen und zu produzieren. Damit waren jedoch Kosten verbunden, die durch komplementäre Sicherheitsstrategien bewältigt werden sollten. Kollektive wie individuelle Interessen mussten gegen Gefahren wie Unfall, Krankheit oder Alter abgesichert werden. Diese Absicherung, d.h. die Produktion von Sicherheit im Dienste einer »neuen gouvernementalen Vernunft« und einer »Ökonomie der Macht« des Liberalismus (Foucault 2006: 100), war überhaupt Möglichkeitsbedingung der Produktion von Freiheit. Andererseits werden die Lebensbedingungen des 19. Jahrhunderts mit den Regierungstechnologien des Liberalismus von einer Devise ergriffen, die Foucault mit dem Motiv des *vivere periculosamente* beschreibt: Lebe gefährlich! Der liberale Anreiz zur Gefahr bedeute, dass »die Individuen fortwährend in eine Gefahrensituation gebracht werden oder daß sie vielmehr darauf konditioniert werden, ihre Situation, ihr Leben, ihre Gegenwart, ihre Zukunft usw. als Träger von Gefahren zu empfinden« (101). Es handelt sich hier nicht so sehr um die spektakulären Gefahrenbilder früherer Zeiten, sondern, wie man sagen könnte, um einen Proto-Prekarisierungsdiskurs des Liberalismus, der Gefahr in den alltäglichen Lebensverhältnissen verortete: »Die apokalyptischen Reiter verschwanden, und statt dessen vollzog sich das Erscheinen, das Auftauchen, die Invasion alltäglicher Gefahren, die ständig von dem belebt, aktualisiert und in Umlauf gesetzt wurden, was man die politische Kultur der Gefahr des 19. Jahrhunderts nennen könnte« (101). So begleiteten im 19. Jahrhundert Gefahren- und Panikkampagnen die Produktion von Freiheit und Sicherheit – zu den von Foucault erwähnten Kampagnen zählen solche für Sparkassen, für Hygiene und zur Abwehr bestimmter Krankheiten, gegen die sexuelle oder »rassische« »Entartung« des Individuums oder der Gemeinschaft. Überall sei »diese Aufstachelung der Angst vor der Gefahr, die gewissermaßen die Bedingung, das psychologische und innere kulturelle Korrelat des Liberalismus ist« (102), zu beobachten.

Der Liberalismus stellt also Freiheit, Gefahr und Sicherheit in ein Verhältnis wechselseitiger Artikulation, das durch frühere Mitarbeiter Foucaults besonders an der historischen Entwicklung und Verbreitung von Versicherungs-

technologien untersucht wurde. Wie vor allem Jacques Donzelot betont, hatte dieses Projekt pazifizierende Wirkungen auf eine von Klassenkämpfen durchfurchte Gesellschaft. Durch Verfahren der Versicherung (gegen Arbeitsrisiko, Unfallrisiko, Krankheitsrisiko etc.) konnte zwischen Individuen und sozialen Klassen ein »Bündnisband« errichtet werden, »das jedermanns wechselseitige Abhängigkeiten greifbar macht, selbst da, wo die Produktionsstrukturen soziale Klassen zu dem Gedanken verleiten, sie stünden in einem unüberwindbaren Gegensatz zueinander« (Donzelot 1994: 122-3). Ein solch quer zu Klassengrenzen liegendes Band kollektiver Solidarität erlaubte es, soziale Kämpfe zu befrieden oder zumindest zu besänftigen. Versicherungstechnologien umschließen das »Kontinuum einer Bevölkerung, die sich nach Risiken unterscheidet, die durch Alter, Geschlecht, Beruf etc. bestimmt sind, nicht aber durch antagonistische Spaltungen«, wie Thomas Lemke (1997: 212f.) die entsprechenden Studien der Foucault-Schüler zusammenfasst:

Der Sozialstaat ist das Ergebnis von sozialen Kämpfen, seine strategische Bedeutung besteht jedoch gerade umgekehrt in einer »Depolitisierungspolitik«, die Kämpfe überflüssig machen soll. Das Soziale ist weniger das Produkt oder das Instrument des Politischen als dass es eine vollkommene Veränderung des Politischen mit sich bringt. Mit der Einführung des Sozialen wurde eine allmähliche Subsumtion des Politischen unter das Soziale und die Stillstellung politischer Kämpfe eingeleitet, die Raster wie »Sieg« oder »Niederlage« immer oberflächlicher erscheinen läßt. (223)

Zweifelsohne schließt der Neoliberalismus an dieses Modell an und führt es fort, jedoch mit einer folgeschweren Modifikation: Unter neoliberalen Bedingungen des Abbaus des Wohlfahrtsstaates kommt es zur Privatisierung der Versicherungsmechanismen (Foucault 2006: 206), die mit einem Wandel der Gouvernementalitätstechnologien einher geht. Angehalten wird nun zur Rückübernahme von vormals solidargemeinschaftlich getragenen Vorkehrungspflichten durch aktive und selbstverantwortliche Individuen.<sup>10</sup> Wie Niklas Rose untersucht hat, werden unter Bedingungen dieser strategischen Wende im Sicherheitsdispositiv (Zukunfts-)Ängste geschürt, um den Einzelnen dazu anhalten zu können, »die Verantwortung für seine soziale Sicherung und die seiner Familie zu übernehmen, sich also gegen die Kosten einer Erkrankung mit einer privaten Krankenversicherung zu schützen, zur Altersvorsorge eine private Rentenversicherung abzuschließen und sich in Eigeninitiative gegen alle

**10** | So stellt Lemke (1997: 253f.) fest: »Die Krise des Keynesianismus und der Abbau des ›Wohlfahrtsstaates‹ bedeuten nicht die Rückkehr zu frühliberalen Politikmodi, sondern ein Umcodieren der Sicherheitspolitik, das die Entwicklung von interventionistischen Technologien ermöglicht, die Individuen führen und anleiten, ohne für sie verantwortlich zu sein.«

möglichen Gefährdungen des einmal erreichten Lebensstandards abzusichern« (Rose 2000: 98). Zu diesem Zweck wird eine Unzahl maßgeschneiderter Versicherungsprodukte von einer »Risikoindustrie« angeboten, deren Geschäftsbasis die diskursive Konstruktion immer neuer Gefahrenherde darstellt.<sup>11</sup> Die Mechanismen, so Rose, »durch die der Einzelne wieder für das Management der ihn bedrohenden Risiken verantwortlich gemacht wird, eröffnen ein Feld, dessen Kennzeichen Unsicherheit, Unübersichtlichkeit und Angst sind und das infolgedessen förmlich dazu einlädt, beständig neue Probleme zu konstruieren und neue Lösungen marktgerecht zu präsentieren« (99). Das Sicherheitsdispositiv, das immer schon mit Angstproduktion einhergehend, wandelt sich in ein, wie man es wohl nennen müsste, *Prekarisierungsdispositiv*. Die gouvernementalen Strategien dieses Dispositivs zielen auf die Subjektivierungsformen und verwandeln den »heteronomen« tayloristischen Arbeiter in einen »autonomen« Manager seines Risikos. Dabei konstruiert sich Prekarität, immer noch Rose zufolge, in doppelter Weise: einerseits in den Selbsttechnologien der Eingegliederten, die sich um Selbstverwirklichung, Selbstdarstellung und Selbstlenkung, drehen, wobei die »autonome« Subjektivität des freigesetzten Arbeitsindividuums als die eigentliche ökonomische Ressource betrachtet wird (Miller/Rose 1994: 101; s. vor allem die Studien von Bröckling 1999, 2007); und andererseits in den »Anti-Gemeinschaften« der Marginalisierten (wie etwa den Arbeitslosen).<sup>12</sup>

Betrachten wir zunächst jene gouvernementalen Prekarisierungstechnologien, die, wie Rose (2000: 103) es ausdrückt, mit dem »Management des Elends« beschäftigt sind. Neue Separationsmechanismen entstehen, »um bestimmte »verruffene« Personen, Sektoren und Orte als Objekte spezieller Fürsorge zu problematisieren: die Unterklasse, die Ausgeschlossenen und die Randständigen« (100). Hier bestehen gewisse Überschneidungen mit der deutschen Exklusionsdebatte, wiewohl die Pointe der Gouvernamentalitätsstudien eine andere ist. Denn die Gouvernamentalitätsstudien interessiert vor allem der Umstand, dass die Exkludierten nicht alleine gelassen werden – weshalb auch nicht einfach von einem Abbau des Wohlfahrtsstaates die Rede sein kann, der eine Wüste oder ein Vakuum hinterlassen würde –, sondern sie werden im selben Atemzug sozialarbeiterisch und schließlich *managerial* inkludiert: Da die Gruppe der Marginalisierten und Prekarierten intern differenziert, ja fragmentiert ist, wird eine Vielzahl von Spezialisten damit beauftragt, deren jeweilige Probleme oder Prob-

**11** | Damit ist noch nichts darüber gesagt, wie »real« diese Gefahren tatsächlich sind.

**12** | Man könnte sagen, dass letztere durch private wie öffentliche Wohlfahrts- und Weiterbildungsbürokratien eher zum *Objekt* gouvernementaler Technologien gemacht würden, wären nicht auch sie zunehmend den Subjektivierungsimperativen einer »aktivierenden« Arbeitsmarktpolitik ausgesetzt und damit auf paradoxe Weise zum Subjekt-Sein verurteilt.

lemtypen zu bearbeiten: »Weiterbildungsangebote für diejenigen, die durch die Arbeitslosigkeit aus der Bahn geworfen wurden; besondere Sozialdienste, die sich um Behinderte kümmern, Reha-Maßnahmen für Drogenabhängige durch spezielle Suchttherapeuten; Unterricht für allein stehende Obdachlose, denen Sozialarbeiter soziale Fähigkeiten beibringen; spezielle Heime für misshandelte Frauen, für Alkoholiker etc.« (102). All diese marginalisierten »Anti-Gemeinschaften« werden zum Gegenstand gouvernementaler Technologien, die nicht unbedingt vom Wohlfahrtsstaat selbst ausgehen, sondern schon lange an private oder halb-private Einrichtungen ausgegliedert wurden, die mit dem Management dieser Anti-Gemeinschaften beauftragt sind. Im Fall etwa der Gruppe der Arbeitslosen übernimmt diesen Auftrag eine Fortbildungsindustrie, die als out-sourceder Zulieferbetrieb eines reduzierten Wohlfahrtsstaats fungiert.

Wesentlich an dieser Diagnose ist die Erkenntnis, dass Prekarität ihrer gouvernementalen Bearbeitung nicht etwa als naturwüchsiges Phänomen vorausgeht, sondern durch staatliche sowie gouvernementale Strategien überhaupt erst erzeugt wird. In einer kurzen Passage seiner Vorlesung untersuchte Foucault selbst anhand der zur damaligen Zeit von Giscard favorisierten neoliberalen Idee einer negativen Steuer die Logik der Produktion prekariisierter Arbeit. Durch eine solche Steuer würde eine Schwelle der Armut definiert werden, die unterstützenswerte Arme von der Mehrheit der Nicht-Unterstützten trennt. Eine gewisse Sicherheit wäre für jene, die unter diese Schwelle absinken, zwar garantiert, aber nur um alle oberhalb der Schwelle dem Risiko ungesicherter Konkurrenz auszusetzen. Das heißt, die sozialpolitischen Maßnahmen des Neoliberalismus setzen nicht länger, wie noch zu Zeiten des Keynesianismus, auf Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und Verringerung der Armutsschere, sondern auf Minimalsicherung derer, die unterhalb einer Schwelle absoluter Armut leben, die aber nur Sicherung finden, so ließe sich das Foucault'sche Argument verallgemeinern, damit oberhalb der Schwelle ein Prozess umfassender Prekarisierung in Gang gesetzt werden kann, der sich an der Universalisierung der Marktlogik und des Wettbewerbs ausrichtet. Dies führt, nach Aufgabe des Ziels der Vollbeschäftigung, zur Produktion einer, so Foucaults Terminus, »flottierenden Bevölkerung«, die »oberhalb und unterhalb der Schwelle schwebt« (Foucault 2006: 289) als eine je nach Marktlage einsetzbare Reservearmee des Prekarisierungsdispositivs.<sup>13</sup>

**13 |** Dass Foucault davon ausgeht, dass diese Bevölkerung nicht zur Arbeit gezwungen oder diszipliniert wird, sondern nur als Arbeitskraft-Pool unterstützt, zeigt, dass diese Analyse vor der Verbreitung von *workfare*-Regimen, wie man sie unter New Labour und in Deutschland unter der Regierung Schröder eingeführt hat, entwickelt wurde. Man mag heute deutlicher sehen als zu Zeiten von Foucaults Vorlesung, dass selbst die »flottierende Bevölkerung« weder von Disziplinierungsmaßnahmen eines solchen *workfare*-Re-

Zugleich, und damit erfassen die gouvernementalen Technologien die Eingliederten in ihrer Subjektivität, kann oberhalb der Schwelle eine Gesellschaft nach dem allgemeinen Modell des Unternehmens formiert werden. Worauf die neoliberalen Interventionen nämlich abzielen, ist nicht so sehr eine Warengesellschaft als eine »Unternehmensgesellschaft« (208). Es gehe im neoliberalen Regime darum,

ein soziales Gebilde herzustellen, in dem die Basiseinheiten eben die Form eines Unternehmens haben, denn was ist das Privateigentum anderes als ein Unternehmen? Was ist ein einzelnes Haus anderes als ein Unternehmen? [...] Mit anderen Worten, es geht darum, die Unternehmensform, die gerade nicht in Form entweder von Großunternehmen im nationalen oder internationalen Maßstab oder von Großunternehmen vom Typ des Staats konzentriert sein sollen, zu verallgemeinern, indem man sie so weit wie möglich verbreitet und vervielfacht. Es ist diese Vervielfachung der Unternehmensform innerhalb des Gesellschaftskörpers, die, glaube ich, den Einsatz der neoliberalen Politik darstellt. Es geht darum, aus dem Markt, dem Wettbewerb und folglich dem Unternehmen etwas zu machen, das man die informierende Kraft der Gesellschaft nennen könnte. (Foucault 2006: 210f.)

So wie bei den ineinander verschränkten Technologien der Angst-, Sicherheits-, Disziplinierungs- und Prekarisierungsdispositive handelt es sich hierbei, wie Foucault betont, um ein die Gesamtheit sozialer Verhältnisse *umfassendes* Projekt, d.h. um die »Gestaltung der Gesellschaft [...] nach dem Modell des Unternehmens« (226). Dass diese Unternehmensform auch auf die Subjekte selbst auszudehnen sei, legt nicht zuletzt die vom US-amerikanischen Neoliberalismus entwickelte Humankapital-Theorie nahe, der zufolge der Arbeiter als ein Unternehmen zu betrachten ist, das in sich selbst – z.B. in Form von Fortbildung – investiert, sich gegen andere Unternehmen am Markt bewährt und zugleich in eine »Vielheit verschiedener verschachtelter und miteinander verschränkter Unternehmen« (333) einfügt. Der *homo oeconomicus* des neoliberalen Modells ist nach Foucault nicht länger der Tauschpartner der klassischen Theorien des Liberalismus, sondern es ist der »Unternehmer seiner selbst«, der »für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle« (314). In Deutschland sind es vor allem die Analysen von Ulrich Bröckling (2007), in denen diese Subjektivierungsform des Unternehmers seiner selbst u.a. anhand einschlägiger Texte der Management-Literatur untersucht wurde. Bröckling kam zu dem Ergebnis, dass mit der auf Konkurrenzfähigkeit getrimmten Firma »Ich & Co«, wie sie emblematisch in der Förderung sogenannter »Ich-AG's« auftritt, die betriebswirtschaftliche Rationalisierung des gesamten eigenen Lebenszusammenhangs vorangetrie-

gimes noch von der Zumutung, ihr eigenes Elend zum Gegenstand autonomen Selbstmanagements zu machen, verschont bleibt.

ben werde. Selbstmanagement erfordert dieselben Fähigkeiten wie die Führung eines Unternehmens.<sup>14</sup> Ebenso haben Peter Miller und Niklas Rose (1994: 55) darauf hingewiesen, dass die Selbstregierungsfähigkeiten der Subjekte heute zu den »Schlüsselressourcen der modernen Regierungsformen« zählen. Mithilfe der von Foucault beschriebenen gouvernementalen Technologien werden Herrschaftsmechanismen etabliert, die gerade das Autonomiepotential frei handelnder und unternehmerisch denkender Subjekte befördern und als Produktivitätsressource anzapfen sollen. Durch solch unmittelbare Selbstreg(ul)ierungsleistungen der Individuen könnten »freie« Individuen und »private« Bereiche »beherrscht« werden, ohne ihre formelle Autonomie zu brechen« (86). Das Resultat ist, dass die flexibilisierten und prekarierten Arbeitsverhältnisse des neoliberalen Regimes – und die damit verbundene Subjektivierungsform des Unternehmers seiner selbst, der sich dem Markgeschehen und seinen Risiken ausliefert – in Form der positiv kodierten Erfahrung von Kreativität und Selbstverwirklichung bis tief hinein in die Psyche jedes einzelnen vordringen:

Die Annäherung der Selbstaktualisierung des Arbeiters an die Wettbewerbsvorteile der Gesellschaft ermöglicht eine gemeinsame Ausrichtung der Arbeitstechnologien und der Technologien der Subjektivität. Für die Unternehmerpersönlichkeit ist Arbeit nicht länger notwendig eine Einschränkung der Freiheit des Individuums, seine oder ihre Möglichkeiten durch Streben nach Autonomie, Kreativität und Verantwortung zu erfüllen. Arbeit ist ein wesentliches Element auf dem Weg der Selbstverwirklichung. Es gibt keine Schranke mehr zwischen dem Ökonomischen, dem Psychologischen und dem Sozialen. Die Regierung der Arbeit durchdringt jetzt das psychologische Erfüllungstreben eines jeden Individuums. (Miller/Rose 1994: 102f.)

Man sieht, wie die durch die Individualisierung der Sicherungssysteme auf jeden einzelnen übertragene Verantwortung, mit sozialen und beruflichen Risiken selbst umgehen zu müssen, durch subjektivierende Strategien implementiert wird, die solche Risiken als Bereicherung und prekarierte Arbeitsbedingungen als Freiheit zur Selbstverwirklichung erfahrbar machen. Wiederum zeigt sich, dass Prekarisierung nicht allein von einem »Management des Elends« und der Exklusion begleitet wird, sondern auch die oberhalb der »Schwelle« beheimateten Inkludierten erfasst, während zugleich die soziale Absicherung der in den Bereich unterhalb der »Schwelle« Verstoßenen heute zunehmend zurückgezogen wird. Sofern die entsprechenden Prekarisierungstechnologien die gesamte Gesellschaft, d.h. alle Ebenen vom Staat über die Familie bis zum

**14** | Auch Prekarierte müssen keine Ausnahme von dieser Regel bilden. So kommt Bröckling zu dem Schluss: »Die prekäre Variante des Arbeitskraftunternehmers schließlich bildet das wachsende Heer der Kleinselbständigen, die sich arbeitsagenturgefördert oder ohne staatliche Anschubfinanzierung durchschlagen« (Bröckling 2007: 49).

Individuum erfassen, wäre es wohl aus Perspektive der Gouvernamentalitätsstudien gerechtfertigt, die von Foucault beschriebene »Sicherheitsgesellschaft« (Foucault 2004: 26), in der wir uns heute befinden, zugleich als *Prekarisierungsgesellschaft* zu bezeichnen. Die beiden Aspekte widersprechen einander nicht. Die Bedeutung der Sicherheitsdispositive nimmt unter Bedingungen der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen durchaus zu, wenn auch in Form der Privatisierung der Vorkehrungs- und Absicherungsstrukturen. So wurde vonseiten der Gouvernamentalitätsstudien bereits vorgeschlagen, nicht allein von Sicherheitsdispositiven, sondern auch von komplementären Dispositiven der *Unsicherheit* zu sprechen (Lemke 2004). Die heutige »Sicherheitsgesellschaft« wäre, so betrachtet, nichts als die *andere*, die *notwendig komplementäre* Seite der Prekarisierungsgesellschaft.

Neben diesem umfassenden Konzept von Prekarisierung, das sich auf Basis der Foucault'schen Gouvernamentalitätsstudien entwickeln lässt, können drei weitere Erkenntnisse dieses Ansatzes festgehalten werden, die sich mit Ergebnissen der anderen besprochenen Ansätze decken: Auch die Gouvernamentalitätsstudien, dies vorneweg, schreiben sich dem Paradigma eines radikalen Relationismus ein, der den Strukturalismus hinter sich gelassen hat. Weiters gehen sie davon aus, dass die Vielzahl gouvernementaler Technologien (im Umgang mit Arbeitslosigkeit, Armut, Delinquenz) keinem Masterplan gehorcht, sondern experimentell erprobt wurde und sich in ihrer Zusammensetzung als »glücklicher Fund« erweist, bzw. dass es, in den Worten von Miller und Rose (1994: 58), »keinen glatten Pfad der Entwicklung oder Ausübung von Politik gibt, sondern daß dauerhafte Erfindungen oft auf überraschende und aleatorische Weise entstanden sind und in Bezug auf scheinbar nebensächliche oder verborgene Schwierigkeiten im sozialen oder ökonomischen Dasein«. Darüber hinaus greifen die gouvernementalen Technologien, die das Prekarisierungsdispositiv bilden, tief in die Verästelungen des Alltags und der Lebenswelt ein, so wie sie schließlich die Subjektivierungsform der Individuen umfassen, die ihrerseits aktiv an ihrer eigenen Subjektivierungsweise arbeiten.

### 1.3 POSTOPERAISMUS: *FABBRICA DIFFUSA* UND KOGNITIVER KAPITALISMUS

Auch in der Traditionslinie des italienischen Postoperaismus wird das Auftauchen neuer Subjektivierungsformen und eines neuen Typus unternehmerisch tätig werdender intellektueller Arbeiter und Arbeiterinnen konstatiert (Lazzarato 1998a: 51). In der postfordistischen Ökonomie werde aktive, autonome, flexibel-ungebundene Subjektivität, ihrerseits Resultat der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen, zum »Rohmaterial« im Produktionsprozess (Lazzarato 1998b: 57; Virno 2004: 151). Die Postoperaisten schließen mit diesen

Thesen nicht zuletzt an die Foucault'schen Arbeiten zu Gouvernementalität und Biopolitik an; zugleich integrieren sie Erkenntnisse der Regulationsschule bezüglich des Entstehens eines neuen, postfordistischen Akkumulationsregimes. Das Spezifikum der postoperaistischen Untersuchungen findet sich in ihrer Hauptthese, der Ort der Arbeit habe sich durch organisatorische Dezentralisierungs- und Computerisierungsprozesse von der Fabrik über die gesamte Textur des Sozialen und Kulturellen hinweg ausgedehnt (die Rede ist, wie wir noch sehen werden, von einer »fabbrica diffusa«, Lazzarato 1998a: 45). Wie in empirischen Studien zu den Regionen Paris und Norditalien aufgewiesen (Corsani et al. 1996; Negri et al. 1998), wird der Arbeitsprozess von Individuen und Projektgruppen (etwa der Werbe-, IT- oder Modeindustrie) wesentlich durch deren horizontale Vernetzung *außerhalb* des Unternehmens gestützt. Im Arbeit wie Freizeit umfassenden kulturell-gesellschaftlichen Zusammenhang dieses sogenannten »Bassins immaterieller Arbeit« finden sich Individuen und Gruppen über Projekte zu kleinsten, nach Erreichung des Projektziels wieder auflösbaren Produktionseinheiten zusammen. Angestoßen wurde der postoperaistische Ansatz zur Erklärung dieser Veränderungen durch die Erfahrung der sozialen Kämpfe Nachkriegsitaliens, an denen die meisten postoperaistischen Theoretiker aktiv beteiligt waren. Nach postoperaistischer Lesart antwortete das Kapital auf die Kämpfe gegen die fordistischen Arbeitsbedingungen und das Disziplinarregime in den Fabriken – Kämpfe, die vom Streik bis zu Sabotage und anderen Formen der Arbeitsverweigerung bis hin zu Dienst-nach-Vorschrift reichen konnten<sup>15</sup> –, mit einer Umstrukturierung und Dezentralisierung der Industrie, die schließlich zur *fabbrica diffusa*, zur in der Gesellschaft aufgegangenen Fabrik führte: »In den Zentren des Kapitalismus, in denen dreißig Jahre Arbeitsverweigerung zur Auslagerung der Produktion oder zum Abbau der großen, in beherrschbaren Fabriken zu massiver Arbeitslosigkeit geführt haben, wird die Arbeit diffus. Sie durchdringt alle Bereiche menschlicher Tätigkeiten« (Moulier Boutang 1998: 9). Der fordistische Massenarbeiter der Industrie wird zum (gesamt-)gesellschaftlichen Arbeiter (*operaio sociale*), zugleich kommt es, wiederum in Anlehnung an die Marx'sche Terminologie zur »reellen Subsumtion der Gesellschaft unter das Kapital«, d.h. zur zunehmenden Inwertsetzung aller, selbst scheinbar außerökonomischer Lebensbereiche.

**15 |** Unter dem operaistischen Begriff der Arbeitsverweigerung wird eine ganze Reihe – offener wie verdeckter – Praktiken des Arbeitskampfes subsumiert, darunter »[o]ffizielle Streiks, individuelle Arbeitsvertragsbrüche oder Massendesertion, Flucht aus den großen Unternehmen in den tertiären Sektor oder die Selbstständigkeit, kleiner Absentismus, Nebenjobs oder Schwarzarbeit, Diebstähle von Material oder Sabotage« (Moulier Boutang 1998: 10).



Die postoperaistische Interpretation dieser Entwicklung wurde wesentlich durch die Entdeckung und Relektüre des sogenannten Maschinenfragments, einer Passage aus den Marx'schen *Grundrissen*, inspiriert:

Die Natur baut keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, electric telegraphs, selfacting mules etc. Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seine Betätigung in der Natur. Sie sind *von der menschlichen Hand geschaffne Organe des menschlichen Hirns*; vergegenständlichte Wissenskraft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis welchem Grade das allgemein gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur *unmittelbaren Produktivkraft* geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses. (Marx 1983, MEW 42: 602)

Marx nimmt an dieser Stelle nach postoperaistischer Lesart die These vorweg, die für die Produktion notwendige Arbeit könnte in Zukunft marginal werden und abstraktes, gesellschaftliches Wissen sich zur grundlegenden Produktivkraft entwickeln. Marx verwendet für dieses Wissen den Begriff des *general intellect*, worunter Postoperaisten die »Gesamtheit an epistemischen Paradigmen, künstlichen Sprachen und begrifflichen Konstellationen« fassen, »die die gesellschaftliche Kommunikation und die Lebensformen durchziehen,« (Virno 2005: 123).<sup>16</sup> In den 70er-Jahren war das Marx'sche Maschinenfragment gleichsam zur »Kriegsflagge« der Postoperaisten geworden, verhieß es doch den Arbeitern eine Zukunft, in der ihre Arbeitskraft nicht mehr auf eine Ware reduziert sein würde. In den 90er-Jahren schien sich dann aus postoperaistischer Sicht die Marx'sche Prophezeiung erfüllt zu haben, jedoch unter Abzug der erwarteten revolutionären Effekte. Stattdessen wurde Arbeitszeit nach wie vor abgepresst, und das ausgerufen Ende der Arbeitsgesellschaft wurde zur

**16 |** Die Postoperaisten weichen damit in einem wesentlichen Punkt von der ursprünglichen Marx'schen Version der These ab. Der General Intellect sei nicht vollständig, wie von Marx vorgeschlagen, mit dem fixen Kapital, d.h. dem Maschinensystem ident: »Die Verbindung von Wissen und Produktion erschöpft sich nicht im System der Maschinerie, sondern artikuliert sich notwendigerweise in konkreten Subjekten. [...] Zum General Intellect gehören artifizielle Sprachen, Informatik und Systemwissenschaften, die ganze Palette kommunikationellen Wissens, lokales Wissen, informeller ›Sprachspiele‹ wie auch gewisse ethische Überlegungen. Innerhalb der zeitgenössischen Arbeitsprozesse existieren Begriffskonstellationen, die selbst als produktive ›Maschinen‹ funktionieren, ohne einen mechanischen Körper oder eine kleine elektronische Seele nötig zu haben« (Virno 2004: 153f.).

»Bühne unbarmherziger Antinomien und verwirrender Paradoxien« (Virno 2004: 151). Während die Zeit der »Nicht-Arbeit«, der These zufolge, eigentliche Quelle des Reichtums sei und ein emanzipatorisches Potential berge, werde sie im hegemonialen System – etwa in Form von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit – als »verlorene Zeit«, als Mangel definiert. Es kommt zur Erfindung von Disziplinar- und Kontrollmechanismen zur Überwachung jener, die nicht länger an das Fabrikregime gekettet sind. Nach Virno (2004: 151) wird im Postfordismus der gesamte Pool der Arbeit tendenziell den Bedingungen einer »industriellen Reservearmee« unterworfen. Dieser Prozess aber erfordert den Umbau des Mentalitäts- oder Subjektivierungsregimes. Die Subjekte müssen sich an Mobilität gewöhnen, den Umgang mit permanenter Veränderung eintrainieren, sich an umfassende Flexibilitätserfordernisse anpassen:

Diese Anforderungen sind nun nicht mehr das Ergebnis der industriellen Disziplinierungsmechanismen, sondern vielmehr das Resultat einer Sozialisierung, die ihren Mittelpunkt *außerhalb der Arbeit* hat. Die tatsächlich nachgefragte und angebotene »Professionalität« besteht in Fähigkeiten, die über ein längeres Verweilen in einem der Arbeit vorausgehenden oder prekären Stadium erworben werden. In der Erwartung einer Beschäftigung werden sozusagen jene allgemeinen sozialen Qualifikationen und jene Gewohnheit entwickelt, sich nichts dauerhaft zur Gewohnheit zu machen, die später, wenn man tatsächlich Arbeit gefunden hat, als Werkzeuge im strengen Sinne des Wortes dienen. Das postfordistische Unternehmen setzt diese Gewohnheit, keine Gewohnheiten zu haben, diese Einübung in die Prekarität und in die ständige Wandelbarkeit der Umstände gezielt für sich ein. (Virno 2005: 118f.)

Der Umbau des fordistischen Akkumulationsregimes zum postfordistischen basiert unter anderem auf dieser *Einübung in die Mentalität der Prekarität*. Prekarität ist also nicht einfach ein das Subjekt von außen ereilendes Schicksal: Auch Prekarität will gelernt, erprobt und eingeübt sein. Zu jenen *skills*, die zwar außerhalb der Fabrik angeeignet werden, aber zunehmend innerhalb der Fabrik an Bedeutung gewinnen, zählt allen voran die Fähigkeit zu sozialer Kooperation. So kann Arbeit nach Lazzarato (1998a: 41f.) heute nachgerade als die Fähigkeit definiert werden »eine produktive Kooperation in Gang zu setzen oder auch anzuleiten«. Den Arbeitern fällt die Aufgabe zu, als »aktive Subjekte« zu agieren und die verschiedenen Funktionen im Produktionsprozess zu koordinieren – letztlich eine Form unternehmerischer Kompetenz.<sup>17</sup> Subjektivität wird zum Einsatz selbst für proletarische Arbeit, sobald diese mit EDV-Kompetenz

**17** | Der kooperative Aspekt der immateriellen Arbeit wird, was betont werden sollte, allerdings »nicht von außen aufgezwungen oder organisiert, wie es in früheren Formen von Arbeit der Fall war, sondern *die Kooperation ist der Arbeitstätigkeit vollkommen immanent*« (Hardt/Negri 2002: 305).

oder Entscheidungskompetenz innerhalb kooperativer Abläufe ausgestattet wird. Aus diesem Zwang zur Kooperation leitet sich nun auch ein Zwang zur *Kommunikation* ab. Um aktiver Teil einer Arbeitsgruppe zu sein, müssen die Subjekte kommunizieren können: »Seid Subjekte der Kommunikation«, laute die Parole des Management (43).

Das Gesicht der Arbeit wandelt sich damit vollständig: dominant wird, was die Postoperaisten als *immaterielle Arbeit* bezeichnen. Darunter verstehen sie ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem weniger »materielle« als »immaterielle« Waren produziert werden: Dienstleistungen, Information, Kommunikation, Symbole, Wissen. Merkmale der postindustriellen Ökonomie finden sich verdichtet in den klassischen Formen der immateriellen Produktion wie Marketing, Mode, Softwareentwicklung und künstlerisch-kultureller Betätigung (46), wobei Lazzarato zufolge zu unterscheiden sei zwischen der »informationellen Seite« und der »kulturellen Seite« der immateriellen Ware.<sup>18</sup> Die informationelle Seite erfordert im Produktionsprozess Fähigkeiten des Umgangs mit Informationen und Kommunikation; die kulturelle spielt »auf eine Reihe von Tätigkeiten an, die in der Regel nicht als Arbeit wiedererkannt werden, also mit anderen Worten Tätigkeiten, die im Bereich kultureller und künstlerischer Normen operieren, die auf Moden, Geschmack und Konsumgewohnheiten Einfluss nehmen oder die, strategisch gesprochen, die öffentliche Meinung bearbeiten« (39f.). Da diese zur Produktion immaterieller Güter erforderlichen intellektuellen Fähigkeiten nicht länger in den Händen einer kleinen Gruppe von Intellektuellen und Spezialisten konzentriert sind, sondern dazu tendieren, sich auf das gesamte Arbeitskräftepotenzial auszudehnen (Hardt 2004: 183), sprechen die Postoperaisten auch von *Massenintellektualität* – eine Weiterentwicklung des Marx'schen *general intellect*. Dieser Begriff referiert gerade nicht ausschließlich auf die Berufsgruppen der sogenannten Kopfarbeiter, sondern

**18** | Ein weiterer Teilaspekt immaterieller Arbeit wird von den Postoperaisten als *affektive Arbeit* beschrieben. Der Begriff bezieht sich auf die Herstellung affektiv besetzter zwischenmenschlicher Kontakte: »Gesundheitsdienste beispielsweise bauen auf fürsorgliche und affektive Arbeit, aber auch in der Unterhaltungsindustrie stehen die Erzeugung und Handhabung von Affekten in ähnlicher Weise im Mittelpunkt. Diese Arbeit ist immateriell, auch wenn sie körperlich und affektiv ist, insofern als ihre Projekte unkörperlich und nicht greifbar sind: ein Gefühl des Behagens, Wohlergehen, Befriedigung, Erregung oder Leidenschaft. Begriffe wie *in-person services* oder *services of proximity*, also persönliche Dienstleistungen und fürsorgliche Arbeit, werden häufig verwendet, um diese Art der Arbeit zu kennzeichnen. Doch im Grunde geht es um die Erzeugung und Handhabung von Affekten. Im Allgemeinen wird der affektive Austausch, die affektive Produktion und Kommunikation mit dem zwischenmenschlichen Kontakt in Verbindung gebracht, doch dieser Kontakt kann tatsächlich auch virtuell sein, wie in der Unterhaltungsindustrie beispielsweise« (Hardt/Negri 2002: 304).

auf »eine Qualität und ein auffälliges Merkmal der gesellschaftlichen Arbeit im Postfordismus – in der Epoche also, in der Information und Kommunikation in jedem verborgenen Winkel des Produktionsprozesses eine entscheidende Rolle spielen, in der Epoche, in der die Sprache selbst Arbeit, Lohnarbeit geworden ist« (Virno 2004: 154). Massenintellektualität ist das Produkt jener Tätigkeiten, die vormals der Bourgeoisie zugerechnet wurden und sich inzwischen durch soziale Kämpfe universalisiert haben: »Massenintellektualität: Das sind die neu in der Industrie Eingestellten, die ausgebildet und sozialisiert sind, bevor sie die Fabrik betreten; es sind die Studenten, die die Universität blockieren und durch ihre Initiativen und Experimente die gesellschaftliche Form der Produktivkräfte in Frage stellen; es sind die Immigranten, für die der Kampf um Einkommen untrennbar ist von der Konfrontation und vom Konflikt auf der Ebene der Sprache, der Lebensform und des Ethos« (Virno 2004: 154). Von sozialen Kämpfen angetrieben wurde Massenintellektualität zum heute maßgeblichen Moment kapitalistischer Akkumulation.

Der in postoperaistischer Tradition arbeitende französische Ökonom Yann Moulier Boutang beschreibt diese tief greifende, von den neuen Informationstechnologien angestoßene Transformation des Kapitalismus, die spätestens Mitte der 70er-Jahre erkennbar wird, als Übergang zum *kognitiven Kapitalismus*. Sie umfasse, in regulationstheoretischer Terminologie, sowohl Regulationsweise als auch Akkumulationsregime (2003: 252). Diese Wende von einem »zweiten« zu einem »dritten Kapitalismus« sei nur noch vergleichbar mit der Wende, die den Horizont der (europäischen) Welt zwischen 1492 und 1660 ausgeweitet habe. Nach Moulier Boutang dominiert im »ersten«, dieser Zeitperiode entsprechenden Kapitalismus – dem Handelskapitalismus – die Akkumulation durch Handel, Finanzen und Staat. Der zweite Kapitalismus – der Industriekapitalismus – basierte auf der Akkumulation von Sachkapital, dem industriellen Fabrikregime und Massenproduktion. Der heutige kognitive Kapitalismus schließlich beruhe auf der Akkumulation »immateriellen Kapitals« und werde durch die Verbreitung von Wissen angetrieben.<sup>19</sup> »Die Ökonomie der physischen Produktion wird abgelöst durch eine immaterielle Ökonomie der Information, dominiert vom quartären Sektor, der insbesondere die Finanz- und Kommunikationsdienstleistungen für die Unternehmen, entsprechend den Anforderungen der Produktion in den globalen Städten, neu ordnet« (Moulier Boutang 1998: 13). Mit der radikalen Transformation vom zweiten zum dritten Kapitalismus verschwindet natürlich die materielle Industrieproduktion nicht – sie wird durch den kognitiven Kapitalismus reorganisiert. Die in Netzwerken organisierte direkte Kooperation, zumeist projektförmig strukturiert, wird zur hauptsäch-

**19** | Dennoch sollte der Begriff des kognitiven Kapitalismus nicht auf den der Wissensökonomie reduziert werden, denn er verweist auf die Kommodifizierung von »allen Arten des Wissens, sei es künstlerisch, philosophisch, kulturell, sprachlich« (Corsani 2004: 158).

lichen Form der Arbeitsteilung. Aus diesem Grund gehe es in diesem Regime weniger um die Kontrolle von Produktionsstandorten und -kapazitäten als um die Kontrolle und die Kreation von Wissen, wie auch um die Etablierung umfassender Kommunikationssysteme (2003: 225f.). So schlägt Moulier Boutang schließlich folgende Kurzdefinition des Kognitiven Kapitalismus vor (vgl. auch Tabelle 3):

Mit Kognitivem Kapitalismus bezeichnen wir ein Akkumulationsregime, bei dem der Gegenstand der Akkumulation hauptsächlich vom Wissen gebildet wird, das zur Hauptressource des Werks und damit auch zum wichtigsten Ort des Inwertsetzungsprozesses wird. Dieses Regime zeigt sich empirisch an dem hervorragenden Platz, welcher der Forschung, dem technischen Fortschritt und der Bildung (der Qualifikation der Gesamtbevölkerung) eingeräumt wird, neben dem Zirkulieren der Information, den Kommunikationssystemen, der Innovation, der Aneignung von Organisationskenntnissen und dem strategischen Management von Organisationen. Auf Seiten der Nachfrage ist der Konsum ebenfalls auf Technik ausgerichtet, maßgeblich auf geistige Techniken, das heißt auf jene, die die geistigen Fähigkeiten über die Interaktion mit den neuen technischen Geräten umsetzen: Video, Computer, Internet, Spielkonsolen etc. (Moulier Boutang: 2003: 255)

Das alte Regime der Arbeitskraft ist mit den neuen, wissensbasierten Formen der Akkumulation, Moulier Boutang zufolge, nicht mehr vereinbar. Dennoch könne von einer Krise der Lohnarbeit nur aus fordistisch-keynesianischer Perspektive die Rede sein, denn in Wahrheit entstehen neue Formen der Lohnabhängigkeit, all jene nämlich, die wir unter dem Titel der prekären Arbeitsverhältnisse gefasst haben – worunter auch die formal autonome Arbeit der neuen Selbständigen fällt. Die arbeitsweltlichen Erscheinungsformen solch neuer Selbständigkeit sind uns wohl bekannt: netzwerkförmiges Arbeiten, in dem die Grenze zwischen Freizeit und Arbeitszeit immer schon unbestimmt bleibt, besonders in den zentralen Sektoren der immateriellen Produktion; die Zurückstellung sozialer Absicherung mit dem Verweis auf größere individuelle Freiheit; eine Arbeitsmoral, die unter beruflicher und zugleich persönlicher Selbstverwirklichung vor allem freiwillige Selbstausbeutung versteht etc. Noch die scheinbar selbstbestimmtesten Formen immaterieller metropolitaner Arbeit sind zugleich gekennzeichnet durch prekäre Beschäftigung, Hyperausbeutung, hohe Mobilität und hierarchische Abhängigkeiten (Lazzarato 1998a: 47).

Der Soziologe Sergio Bologna geht diesen Erscheinungsformen neuer Selbständigkeit seit Jahren in empirischen Untersuchungen nach.<sup>20</sup> Er schlägt da-

---

**20** | Auch Bologna macht den Hauptbestandteil der selbständigen Arbeitsleistung in jener über die jeweilige in Anspruch genommene Dienstleistung scheinbar hinausgehenden Kooperationstätigkeit aus, die er als *relationale Arbeit* bezeichnet. Ähnlich der Hausarbeit der Frauen ist relationale Arbeit gesellschaftlich nicht als Mehrwert schöp-

*Tabelle 3:*  
*Die Ökonomie des Kognitiven Kapitalismus (nach Moulier Boutang 2003: 275)*

Aspekte der Arbeitsteilung	Ökonomie des 2. Kapitalismus	Ökonomie des 3. Kapitalismus
<b>Bedeutung</b>	von ihr geht Machtverteilung aus (Smith, Marx)	von der Kooperation abgeleitet (G. Tarde)
<b>Variable der Evolution</b>	Größe des Markts	Größe des Netzwerks
<b>Organisationsmodell</b>	Markt/Hierarchie/Staat	Netz und Vernetzung mit anderen Netzen
<b>Charakteristik der dominanten Wirtschaftsgüter</b>	Ausschließlichkeit, Rivalität, private Verfügbarkeit und ihre Ausübung	Wirtschaftsgut Information und Wirtschaftsgut Wissen, Aufmerksamkeit des Gehirns, Netzwerk
<b>Haupteffekt</b>	Ökonomie der Massenproduktion	Ökonomie der Lernprozesse (System degressiver Kosten), Abschöpfung positiver Externalitäten des Netzes
<b>Bevorzugtes Wirtschaftsinstrument</b>	spot Pricing, abnehmende Grenzerträge	Vermögensglobalisierung, wachsende Erträge bei innovativer Verwendung
<b>Rechnungswesen</b>	Matrix input/output homogener Produkte	Wirtschaftsgut vierteilt: Hardware/Software/Wetware/Netware
<b>Externalitäten</b>	marginal, außer bei öffentlichen Gütern	dominant, auch für Güter der Privatwirtschaft

fende Arbeit anerkannt und kann folglich nicht in der Leistungsbilanz aufscheinen. Es sind aber gerade diese unabgegoltenen, »privaten« Tätigkeiten, die die eigentliche Quelle der Wertschöpfung darstellen.

bei vor, eher vom Begriff eines Statuts »selbständiger Arbeit« auszugehen, da Konzepte wie das des »Unternehmers seiner selbst«, des »Ein-Mann-Betriebs« oder des »Solo-Unternehmens« (in Deutschland würde man an dieser Stelle auch von Ich-AG oder vom Arbeitskraftunternehmer sprechen) terminologisch widersinnig seien. Man solle nicht versuchen, selbständige Arbeit kategorial der Unternehmensform anzugleichen, da der Begriff des Unternehmens in der Trennung von Kapitalbesitz und Arbeit gründe. Trotz möglicher Variationen (wie etwa im Fall des Familienbetriebs) wurde das Unternehmen, durch eine erkennbare Differenzierung der drei Rollen des Investors, des Managements und der Lohnarbeit geformt, wie sie besonders die Aktiengesellschaft auszeichnet. Demgegenüber werden im Statut der selbständigen Arbeit diese drei Rollen zu einer einzigen Figur verschmolzen, die nun die Arbeitsmittel in Form von Fixkapital einbringen muss (z.B. als PC am eigenen Küchentisch), sowie den Arbeitsprozess entwerfen, planen und schließlich ausführen (60). Aufgrund der mit dieser Verschmelzung verbundenen Freiheits- und Autonomieeffekte besitzt selbständige Arbeit ein gewisses Potential, womöglich sogar ein politisches Potential, es vereinigt aber auch, wie man aus Bolognas Darlegungen wohl schließen muss, alle mit den drei Rollen verbundenen Risiken: Denn gehen die Geschäfte schlecht, kann man das investierte Kapital in den Wind schreiben (Investitionsrisiko), muss womöglich Konkurs anmelden (Unternehmerrisiko) und verliert damit zugleich seine Arbeit (Arbeitsplatzrisiko). Betrachten wir einige der Charakteristika selbständiger Arbeit am Fall »unabhängiger Mikro-unternehmen« (15) genauer, da Bologna ein sehr eindringliches Porträt jener Prekarisierungsformen zeichnet, wie sie die »Mittelschicht« – und eben nicht nur diese – zunehmend erfährt.

So lässt sich auf der unmittelbar räumlichen Achse von einer *Verhäuslichung* des Arbeitsplatzes durch Heimarbeit, Telearbeit etc. sprechen. Selbst bei aufrecht bleibender räumlicher Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten, wird das häusliche Privatleben – wie ja auch das außerhäusliche Alltagsleben der Freizeit – von Arbeit (und eben nicht nur von Reproduktionsarbeit, wie dies immer schon der Fall war) durchdrungen (14). Auf der zeitlichen Achse der Arbeitsorganisation beobachtet Bologna einen grundlegenden Unterschied zwischen selbständiger Arbeit und Lohnarbeit: letztere ist geregelt, erstere nicht. Da der Lohn nicht länger nach Zeiteinheiten (Arbeitsstunden, -tage, -monate) errechnet wird, sondern nach dem Resultat der erbrachten Arbeit – denn festgelegt werden nur noch Produkt und Zeitpunkt der Ablieferung – komme es zur Intensivierung der Arbeitszeit bis hin zu einem schrankenlosen Arbeitstag. Folglich verändere sich auch die Form der Entgeltung; die Lohnform werde durch die Rechnung oder das Honorar ersetzt. Bologna vermutet dahinter »die bedeutendste Revolution innerhalb des gesellschaftlichen Status der Arbeit« (25), werde auf diese Weise doch das grundlegende Prinzip der Subsistenzgarantie abgeschafft. War die Lohnform noch an den Anspruch der existenziellen

Erhaltung der Arbeitskraft geknüpft, die durch den indirekten Lohn durch den Staat auch bei vorübergehendem oder dauerndem Verlust der Arbeitsfähigkeit im Fall von Kündigung, Krankheit oder altersbedingtem Ausscheiden aus dem Berufsleben garantiert wurde, so wird dieses Modell vom Modell des existenziellen Risikos abgelöst. Die aus der Prekarisierung der Arbeit folgende Prekarisierung des Lebens macht Existenzsicherung riskant und verunmöglicht längerfristige Lebensplanung. Ja dieses Lebensrisiko wird aufgrund der zunehmenden Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Marktlogik zu einer Spielart des Marktrisikos, wie man es in der Welt der Lohnarbeit so nicht gekannt hat. Die selbständig Arbeitenden sind »*permanent auf dem Markt*«, und sie verlieren ihren Status als Angestellte erst nach Abgabe des fertigen Produkts oder nach Fertigstellung der Dienstleistung: »Sie können über lange Zeit ohne Einkünfte bleiben und leben von ständig zu schaffenden Rücklagen, um den ›Leerzeiten‹ in der Arbeit zu begegnen. Der Begriff ›Risiko‹ ist der Mentalität der unabhängigen Arbeit eingeschrieben, weshalb die Leistung immer auch einen Werbeaspekt enthält, über den die unabhängig Arbeitenden entweder die Fortsetzung des geschäftlichen Verhältnisses zum Auftraggeber oder die Erschließung neuer Geschäftsbeziehungen zu gewährleisten versuchen« (38). Bologna zeichnet ein eindrucksvolles Psychogramm des »latenten Psychozustand(s)« (51), der eintritt, sobald »die permanent prekäre Lage zur Selbstverständlichkeit« (52) geworden ist:

Das immanente Risiko eines wirtschaftlichen Scheiterns ist für das Statut der selbständigen Arbeit konstitutiv, das Gefühl, sich auf eine Gratwanderung zu begeben, mit der Gefahr, vom Wohlstand der Mittelschichten schnell ins Elend abzugleiten. Die Armutsgefährdung produziert bei den unabhängigen ArbeiterInnen eine »sozialpsychischen« Habitus, dessen herausragendes Merkmal die Unmöglichkeit, auf längere Sicht zu planen, ist. Es genügt eine Krankheit oder ein Unfall, der die betroffene Person ein halbes Jahr zur Untätigkeit verdammt, eine ausstehende Rechnung über einen größeren Betrag, eine Schadenersatzforderung von Seiten des Auftraggebers in beträchtlicher Höhe, der Konkurs – ob selbstverschuldet oder nicht – eines Auftraggebers oder Zulieferers, um den eigenen Ruin und den der MitarbeiterInnen zu besiegeln. Das Gefühl der Unsicherheit, verursacht durch die Marktmechanismen und das vollständige Fehlen einer Abfederung ökonomischer Schwierigkeiten, führt zu Verhaltensweisen der Vorsorge (des »Sparens für alle Fälle«), die die Selbständigen dazu bringen, immer mehr anhäufen zu wollen. (22-3)

Halten wir am Ende dieser Kurzdarstellung des postoperaistischen Ansatzes fest, dass auch aus dessen Perspektive von einer *Universalisierung* solcher Risikosubjektivierungen auszugehen ist. Zugleich verweist der operaistische Begriff der *fabbrica diffusa* auf den *umfassenden* Charakter der oben dargestellten Entwicklungen, sofern er das »unmittelbare Produktivwerden der gesamten



Gesellschaft« bezeichnet. Da Verschmelzung von Produktion und Reproduktion im Kapitalverhältnis mit der Prekarisierung der bisherigen Arbeits- und Lebensbedingungen einhergeht, muss zugleich vom umfassenden Charakter der entsprechenden Prekarisierungsphänomene ausgegangen werden. Dabei sollte man sich vor den Missverständnissen, die ein herkömmlicher Arbeits- und also auch Prekaritätsbegriff begünstigt, in Acht nehmen: So wie Prekarität zugleich Merkmal hochbezahlter EDV-Arbeit und schlechtbezahlter migrantischer Arbeit sein kann, so läuft das Konzept immaterieller bzw. prekärer Arbeit quer zur traditionellen Unterscheidung von Hand- und Kopfarbeit.<sup>21</sup> Zwar sollte die Besonderheit der Ausbeutungsverhältnisse im Niedriglohnsektor nicht ignoriert werden, man darf aber – im Unterschied zur traditionellen Armutsforschung oder zur deutschen Exklusionsdebatte – die Augen auch nicht vor den Gemeinsamkeiten hoch- und niedrigqualifizierter, gut- und schlechtbezahlter prekärer Arbeit verschließen. Paolo Virno hat dafür folgende Formel gefunden:

Es stellt sich die Frage, was Software-EntwicklerInnen, ArbeiterInnen bei Fiat und prekär Beschäftigten gemein ist. Man muss den Mut haben, darauf zu antworten: *kaum etwas*, wenn es um die Tätigkeiten, die beruflichen Fertigkeiten und die Charakteristika des Arbeitsprozesses geht. Aber auch: *alles*, was die Sozialisierung der einzelnen Individuen außerhalb der Arbeit betrifft. Gemeinsam sind ihnen also die Stimmungen, die Haltungen und Vorlieben, die Mentalitäten, die Erwartungen. Bloß dass dieser homogene *Ethos* [...], während er in den avancierten Sektoren Teil der Produktion ist und berufliche Leitlinien vorgibt, bei denjenigen, die in den traditionellen Sektoren beschäftigt sind, sowie für die *GrenzgängerInnen*, die zwischen Arbeit und Beschäftigungslosigkeit hin- und herpendeln, vielmehr die »Lebenswelt« durchwirkt. (Virno 2005: 150)

Darüber hinaus wird von den Post-Operaisten durchaus gesehen, dass eine neue Arbeitsteilung *innerhalb* der immateriellen Produktionsprozesse entsteht, insofern die Ausdehnung wissensbasierter »Kreativjobs« oder von Jobs in der Symbol- und Kommunikationsindustrie mit einer ebensolchen Ausdehnung von weniger qualifizierten, von Routinen bestimmten Arbeiten einhergeht (wie etwa Text- und Dateneingabe oder Arbeit im Callcenter) (Hardt/Negri 2002: 303). Aufgrund der Verbreitung des Computers zum Universalgerät ist dessen Bedienung schon seit langem kein Privileg einer gutbezahlten Info-Elite. Und schließlich besitzt auch jener Aspekt immaterieller Arbeit, der als *affektive*

**21** | Auch Wissen, wie hinzuzufügen ist, mag zwar »immateriell« sein, es ist als Gut aber keineswegs leicht zu haben, sondern durchaus teuer in der – teilweise *materiellen* – Produktion. Es verbraucht nach Boutang (2003: 268) vier Komponenten: »Sachgüter (Maschinen), Immaterialgüter (Programme und elektronische verarbeitbare Informationen) sowie immaterielle und lebendige Dienstleistungen (die Aktivität und Aufmerksamkeit des Gehirns sowie Netzwerke).«

Arbeit bezeichnet wird und in der Erzeugung der »immateriellen« Ware *Gefühl* besteht, ein durchaus im Dienstleistungssektor anzutreffendes proletarisches Gesicht, selbst wenn dieses sich hinter »service with a smile« versteckt.

Auf eine grundsätzliche Stärke des postoperaistischen Ansatzes sei abschließend hingewiesen (wie in den vorangegangenen Fällen wollen wir auch im Fall des Postoperaismus die ausführlichere Diskussion der zentralen Rolle sozialer Kämpfe noch ein wenig aufschieben). Diese Stärke besteht in seiner Akzeptanz des durch und durch ambivalenten Charakters der Passage zum Postfordismus. Bologna und andere Postoperaisten unterstreichen, dass diese Entwicklung zwischen dem Zwang zur Produktivitätssteigerung und dem Freiheitsversprechen (scheinbar) nicht-entfremdeter Arbeit changiert, ohne dass der Ausgang des Prozesses vorherbestimmt wäre. Einerseits kann die postfordistische Verwertung der Subjektivität der Arbeitenden totalitäre Ergebnissen zeitigen als noch das alte fordistische Fabrikregime, das ja immerhin noch einen Feierabend kannte. Der Kooperations-, Kommunikations- und Kreativitätsdiskurs kann eine durchaus autoritäre Wendung nehmen, sobald man ihm nicht mehr entkommt: »Man *muß* sich ausdrücken und sich äußern, man *muß* kommunizieren, und kooperieren. Der ›Ton‹ ist derselbe geblieben, wie er unter den tayloristischen Kommando vorherrschte, es hat sich lediglich der ›Inhalt‹ verändert.« (Lazzarato 1998a: 43). Doch andererseits sind die spezifischen Artikulationsformen der Entwicklung nicht determiniert, sie darf folglich nicht ausschließlich negativ bzw. pessimistisch beurteilt werden: »Die Aufhebung der normierten Arbeitszeit und deren autonome Organisation haben für ein bedeutendes Segment der modernen Gesellschaft einen neuen Freiheitssinn geschaffen, eine neue Geisteshaltung gegenüber den Institutionen und Prozessen der Disziplinierung, sie haben die Grenzen der Demokratie verschoben und dem Individuum eine Autonomie in Bezug auf die eigene Existenz verschafft, die dazu im Stande sein sollte, bessere Lebensformen als jene der Lohnarbeit hervorzubringen« (Bologna 2006: 23). Vom paradoxen Effekt der Ausweitung kapitalistischer Akkumulation, zu der die Kämpfe der Massenarbeiter gegen das Fabrikregime führten, bis hin zur ambivalenten Kombination von Freiheit und Zwang im Fall der selbstständigen Arbeit, der Postoperaismus unterstreicht die Kontingenz, Offenheit und damit auch Veränderbarkeit gesellschaftlicher Prozesse.

## 1.4 PRAGMATISCHE SOZIOLOGIE: DER »DRITTE GEIST« DES KAPITALISMUS UND DIE PROJEKTBASIERTE POLIS

Der frühere Mitarbeiter Bourdieu, Luc Boltanski hat gemeinsam mit der Soziologin und Ökonomin Ève Chiapello eine Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus vorgelegt, die an die französische und deutsche Soziologie wie an

Erkenntnisse der Regulationstheorie anschließt und Überschneidungspunkte mit Fragestellungen der politischen Theorie aufweist. Boltanski und Chiapello unterscheiden zwischen dem Kapitalismus als einem sich ständig revolutionierenden Prozess der Akkumulation (eine mit Marx und Schumpeter geteilte Inspiration) einerseits – definiert als »*Forderung nach unbegrenzter Kapitalakkumulation durch den Einsatz formell friedlicher Mittel*« (Boltanski/Chiapello 2003: 39) – und dem »Geist des Kapitalismus« andererseits (eine Unterscheidung, die nicht nur an die regulationstheoretische Unterscheidung von Akkumulationsregime und Regulationsweise erinnert, sondern auch von Max Webers Untersuchung der protestantischen Wirtschaftsethik und nicht zuletzt seiner Methode der Konstruktion von Idealtypen inspiriert ist). Unter »Geist des Kapitalismus« verstehen Boltanski/Chiapello eine Ideologie, also eine, nach ihrer Definition, Gesamtheit gemeinsamer Glaubenssätze, die das Engagement für den Kapitalismus rechtfertigt (43). Sie ist dazu in der Lage, das Denken einer Epoche »in seiner Gesamtheit zu durchdringen«. Der Geist des Kapitalismus »trägt die politischen und gewerkschaftlichen Argumentationsformen, liefert Journalisten und Wissenschaftlern Rechtfertigungswelten und Denkmuster und sorgt für seine so diffuse wie auch allgegenwärtige Präsenz« (92). Dies sei deshalb notwendig, weil zum einen dem bloßen Akkumulationsimperativ des Kapitalismus seine Rechtfertigung nicht immanent ist und zum anderen sein an der Produktion beteiligtes menschliches Personal keine intrinsische, anthropologische Neigung aufweist, der kapitalistischen Akkumulation dienlich zu sein. Die Beteiligung am Kapitalismus ist arbeitsmotivational keineswegs selbstverständlich: Weder reicht es allein aus, dass diese Produktionsweise die elementaren Bedürfnisse seines Personals effizient befriedigt, noch stellen Systemzwänge hinreichende Beteiligungsmotive dar, denn die Arbeitenden müssen zur aktiven Mitwirkung, wenn nicht zum *Engagement* bewegt werden, wozu offener Zwang kein probates Mittel abgibt. Also muss Zwang von den Individuen verinnerlicht werden. Da Ideologie aber nicht im behavioristischen Sinne auf Indoktrination reduziert werden kann, ergibt sich dabei für den Kapitalismus – dem, bei aller Repression, im Unterschied zu einer Sklavenhaltergesellschaft ja nur formell friedliche Mittel zu Verfügung stehen – ein Rechtfertigungs- und Begründungsproblem. Vor dem Hintergrund der von der, schumpeterisch ausgedrückt, »schöpferischen Destruktion« des Kapitalismus aufgeworfenen Unsicherheitsstruktur müssen Antworten auf drei Grundfragen gegeben werden, müssen Möglichkeiten gefunden werden, »die Ungewissheiten auszuräumen«, die diese Fragen aufwerfen:

- Inwiefern ist die Mitwirkung an dem kapitalistischen Akkumulationsprozess eine Quelle der Begeisterung, auch und gerade für diejenigen, die nicht zwangsläufig die größten Nutznießer der erwirtschafteten Gewinne sind?

- In welchem Maße können diejenigen, die am kapitalistischen Kosmos mitwirken, auf eine minimale Sicherheit für sich und ihre Kinder bauen?
- Wie lässt sich die Beteiligung an dem kapitalistischen Unternehmen gegenüber dem Allgemeinwohl rechtfertigen und der gegen seine Organisation und seine Leitung erhobene Vorwurf der Ungerechtigkeiten entkräften? (54)

Da dem Kapitalismus kein Legitimationsprinzip immanent ist, kapitalistische Akkumulation aber zugleich sozial destruktive Kräfte freisetzt, müssen diese Fragen immer wieder aufs Neue beantwortet werden, was den notwendigen Rückgriff auf externe Rechtfertigungen impliziert. Die Stabilität der Akkumulation hängt davon ab, dass die kapitalistischen Akkumulationsformen eine gewisse Attraktivität ausstrahlen, man könnte das den Abenteueraspekt des Kapitalismus nennen, aber auch allgemein rechtfertigungsfähig sind, d.h. ihre Gemeinwohldienlichkeit begründen, indem sie auf eine »Gesamtheit von Glaubenssätzen« rekurrieren, »die mit der kapitalistischen Ordnung verbunden sind und zur Rechtfertigung dieser Ordnung, zur Legitimation und mithin zur Förderung der damit zusammenhängenden Handlungsweisen und Dispositionen beitragen« (46). Dieser *Geist* des Kapitalismus stellt also Gerechtigkeitsnormen und Prinzipien bereit, die der Kapitalismus von selbst nicht anbieten kann und die daher von *externen* Rechtfertigungsordnungen bezogen werden müssen. Boltanski und Chiapello bezeichnen eine solche Ordnung als *Polis (cité)*. Bei einer *Polis* handelt es sich um den Idealtypus allgemeinwohlorientierter Konventionen und Normen, die universelle Gültigkeit beanspruchen und den Akteuren Handlungsmodelle für Rechtfertigungssituationen liefern. Boltanski und Chiapello unterscheiden sechs herkommliche Rechtfertigungslogiken oder Polis-Formen, in denen eine je spezifische Definition von »Größe« und Wertigkeit Geltung beansprucht. In der *erleuchteten Polis* kommt Größe dem Heiligen oder dem Künstler zu, die in einen Zustand der Erleuchtung oder der Eingebung erhoben werden (religiös-künstlerisch kodierte Grundwerte wie Kreativität oder Authentizität entstammen diesem Polis-Modell); in der *familienweltlichen Polis* leitet sich Wertigkeit oder Größe (etwa des Vaters oder des ältesten) aus der jeweiligen Stellung innerhalb eines hierarchisch geordneten Systems und der damit einhergehenden persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse her; in der *Reputationspolis* ergibt sich die Wertigkeit und Größe einer Person aus der Meinung Dritter; in der *b  rgerweltlichen Polis* ist Größe das Attribut einer Person, die als Repr  sentant des Allgemeinwillens gelten kann; in der *marktwirtschaftlichen Polis* ist groß, wer »die auf einem Wettbewerbsmarkt begehrten Güter anbietet, sich dadurch bereichert und sich insofern als Kaufmann bewährt« (63); in der *industriellen Polis* schließlich gründet Wertigkeit auf Effizienz und der Hierarchie professioneller Kompetenzen.

Der Kapitalismus bezieht Legitimationsfiguren nun aus den Rechtfertigungsordnungen dieses Reservoirs, die in spezifischen Kombinationen und Mischungs-

Tabelle 4:

Die drei Formen des »Geistes des Kapitalismus« (nach Boltanski/Chiapello 2002)

	Erster »Geist« Ende des 19. Jh.	Zweiter »Geist« 1940-1970	Dritter »Geist« Seit 1980
Formen der Akkumulation	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kleine Familienbetriebe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorherrschaft der Manager</li> <li>• Große Industrieunternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vernetzung der Unternehmen</li> <li>• Internet und Biotechnologie</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bürgerliches Unternehmertum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Massenproduktion</li> <li>• Makroökonomische Wirtschaftspolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Globalisierung der Finanzen</li> <li>• Variable Produktionen</li> </ul>
Anreiz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Befreiung der Lokalgemeinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Karrierechancen</li> <li>• Machtpositionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zunahme autoritärer Führungskräfte</li> <li>• Undurchschaubare Organisationsstrukturen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschritt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effizienz im Einklang mit der freien Welt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Innovation und Kreativität</li> <li>• Ständiger Wechsel</li> </ul>
Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lokale und Marktgerechtigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effizienzbestimmte Meritokratie</li> <li>• Zielorientierte Steuerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Formen der Meritokratie, die Mobilität belohnt sowie die Fähigkeit, Netzwerke zu etablieren</li> <li>• Jedes Projekt wird zur Gelegenheit, ein Netzwerk zu entwickeln</li> </ul>
Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Persönliches Eigentum</li> <li>• Persönliche Beziehungen</li> <li>• Fürsorge</li> <li>• Paternalismus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langfristige Planung</li> <li>• Karriere</li> <li>• Wohlfahrtsstaat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Für die Mobilen und Anpassungsfähigen</li> <li>• Die Unternehmen liefern die »coachs« und Mittel zur Selbststeuerung</li> </ul>

verhältnissen den jeweiligen *Geist* des Kapitalismus bestimmen. Dabei gehen Boltanski und Chiapello von drei historischen Stadien des kapitalistischen Geistes aus (vgl. Tabelle 4): Der *erste Geist* des Kapitalismus hatte die Funktion, zur Allgemeinwohlorientierung die Rechtfertigungsmuster der familienweltlichen mit jenen der marktwirtschaftlichen Polis in ein Kompromissgleichgewicht zu bringen, im *zweiten Geist* musste dieser Kompromiss vor allem zwischen der Industriepolis und der bürgerweltlichen Polis erzielt werden (und teils mit der familienrechtlichen), der *dritte Geist des Kapitalismus* jedoch, mit dem wir heute konfrontiert sind, lasse sich auf Basis der sechs bisher vorgestellten Poleis nicht hinreichend beschreiben. Boltanski/Chiapello sehen sich daher gezwungen, eine siebte Polis idealtypisch zu entwerfen, deren Modell sie aus einer umfassenden Textanalyse des Managementdiskurses der 90er Jahre gewinnen. Aus zwei Korpora von jeweils rund 60 Texten aus den 60er und den 90er Jahren destillieren sie komparativ die Schlüsselideen dieses neuen Geistes: An die Stelle des klassischen Hierarchieprinzips in der Arbeitsorganisation treten Werte wie Flexibilität, Innovation, Kompetenz, Teamarbeit. Die Orientierung auf Risiko und Wandel verdrängt die frühere Orientierung auf Sicherheit. Als Leitmetapher aber dient der Begriff des *Netzes*. Er dient »zur Bezeichnung der verallgemeinernden Arbeitsformen in autonomen Teams ohne zeitliche oder geographische Einheit, die ihrerseits »vernetzt« arbeiten« (126). Die Idealbilder sind die »schlanke Unternehmen, die mit einer Vielzahl an Beteiligten *vernetzt* arbeiten, eine Arbeitsorganisation in *Team-* bzw. *Projektform*, die auf einer Befriedigung der Kundenbedürfnisse abzielt, und eine allgemeine Mobilisierung der Arbeiter der *Visionen* ihrer Vordenker« (112).

Dieser dritte Geist des Kapitalismus, dem nicht länger der Markt, sondern das Netzwerk als Leitmetapher dient, bezieht sich auf eine Rechtfertigungsordnung, der Boltanski und Chiapello den Namen *projektbasierte Polis* geben. Die Entwicklung einer »konnexionistischen Welt und das allmähliche Entstehen einer projektbasierten Polis, durch die sich diese Welt einer Gerechtigkeitsnorm beugen muss, bilden die wesentliche normative Basis, auf der der neue Geist des Kapitalismus beruht« (205). Das Projekt fungiert hier als das formierende Konnexions- und Selektionsprinzip in einer Welt, in der das soziale Leben aus »unzähligen Begegnungen und temporären, aber reaktivierbaren Kontakten mit den unterschiedlichsten Gruppen« über soziale, berufliche, räumliche oder kulturelle Distanz hinweg besteht:

Für eine befristete Zeit führt es die unterschiedlichsten Personen zusammen und präsentiert sich über eine relativ kurze Periode hinweg als ein *Teilbereich des Netzwerkes in hohem Aktivitätsstatus*. Gleichzeitig können damit dauerhafte Verbindungen aufgebaut werden, die anschließend in den Hintergrund treten, aber weiterhin verfügbar bleiben. Die Projekte ermöglichen die Produktion und die Akkumulation in einer Welt, die, wenn sie lediglich aus Konnexionen bestünde, ohne Halt, ohne Zusammenschlüsse und ohne

festen Formen ständig im Fluss befindlichen wäre. Alles würde von dem steten Strom der Bahnungen dahin gerissen, die angesichts ihrer Fähigkeit, alles miteinander in Verbindung zu bringen, unablässig verteilen und auflösen, was sich in ihnen verfängt. Bei dem Projekt handelt es sich genau genommen um eine Ansammlung aktiver Kontakte, aus denen Formen entstehen, d.h. Objekte und Subjekte durch die Bildung unauflöslicher Beziehungen existieren können. (149)

Das Projekt wird zur modellhaften, netzwerkförmigen Ordnungsstruktur der gesamten Gesellschaft (Boltanski und Chiapello gehen so weit, von »einer projektbasierten, allgemeinen Gesellschaftsorganisation« (150) zu sprechen), die ein dem Modell des Projekts entsprechendes neues Wertesystem instituiert.<sup>22</sup> In diesem System wird die Wertigkeit einer Person an ihrer *Aktivität* gemessen, wobei Aktivität als Fähigkeit definiert werden kann, Projekte ins Leben zu rufen bzw. sich Projekten anderer anzuschließen. Der Aktivitätspegel lässt sich nicht zuletzt an der Zahl unterschiedlicher Projekte messen, in die eine Person gleichzeitig involviert ist. Das bedeutet, dass die Erhöhung der Kontaktzahl durch die Erweiterung des Netzwerks in Form von einander ablösenden oder simultan ausgeführten Projekten anzustreben ist.<sup>23</sup> Aktivität als genereller Wertmaßstab der projektbasierten Polis unterscheidet sich deutlich vom Wertmaßstab einer an Produktivität – gewonnen durch die Verwertung von Arbeitskraft – ausgerichteten industriellen Rechtfertigungsordnung, denn im Unterschied zur industriellen Polis »überwindet die Aktivität in der projektbasierten Polis die Oppositionsbildungen zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit, zwischen einem stabilen und einem instabilen Arbeitsverhältnis, zwischen Lohnarbeiterschaft und Nicht-Lohnarbeiterschaft, zwischen finanzieller Beteiligung ehrenamtlicher Tätigkeit, zwischen dem, was sich in Begriffe der Produktivität übersetzen lässt, und dem, was sich jeder bezifferbaren Bewertung entzieht« (155). Folglich beinhaltet dieses neue Modell zugleich eine veränderte Einstellung zur Arbeit und eine veränderte Einstellung zu Freizeit und Privatleben. Wie auch von Bologna festgestellt, ändern sich die Bezahlungsmodalitäten, da der Normalarbeits-

**22** | So deuteten, Boltanski/Chiapello zufolge, mehrere Indizien darauf hin, »dass die Netzmetapher allmählich eine neue, allgemein gültige Gesellschaftskonzeption darstellt. Die Problematik des Kontakts, der Relation, der Begegnung, des Bruchs, des Verlusts, der Isolierung, der Trennung als Vorspiel zum Aufbau neuer Kontakte, zur Bildung neuer Projekte und die Betonung der stets aufs Neue reaktivierten Spannung zwischen dem Autonomieerfordernis und dem Wunsch nach Sicherheit steht deswegen auch im Mittelpunkt unserer eigenen, sich wandelnden Lebenswirklichkeit, eines veränderten Zusammenlebens mit Freunden und Familie.« (187)

**23** | Zugleich bilden sich polis-spezifische Gerechtigkeitsformen und Ehrenregeln, etwa jene, dass in der projektbasierten Polis Wertigkeitsträger ihre Kontakte nicht monopolisieren (168)

tag keine zeitliche Bezugsgröße mehr bildet. Entlohnungsformen wie die der Honorarzählung nehmen an Bedeutung zu. Und an die Stelle »des leitenden Vollzeitangestellten sicherer Lebensstellung in einem großen Unternehmen, wie er für den zweiten kapitalistischen Geist typisch ist, tritt nunmehr der Mitarbeiter in befristeter Anstellung« (209) (an dieser Stelle beginnen die beruflichen Prekarisierungserfahrungen einzusetzen).<sup>24</sup>

Zugleich kommt es zu einer Kolonisierung der Lebenswelt durch das Projektmodell: Das Leben selbst wird »als eine *Abfolge* von Projekten aufgefasst, die umso wertvoller sind, je deutlicher sie sich voneinander unterscheiden« (156). Zum Beispiel wird Elternschaft zu einem Projekt, nämlich zu einem, wie Boltanski (2007) es nennt, »Projekt Kind«: »Der Prekarität der beruflichen Situation entspricht immer öfter die Prekarität der persönlichen Situation. Die als traditionell bezeichnete Form des emotionalen und sexuellen Lebens im Rahmen der Ehe wird zunehmend durch eine projektbasierte Organisation des Privatlebens abgelöst, die sich durch einen ständigen, aber komplexen Wechsel zwischen Zölibat, Zusammenleben, Ehe, Scheidung etc. auszeichnet.« Die Passage von einer Beziehung zur nächsten wird zu einer dem Wechsel von einem Projekt zum nächsten (auf dessen Suche man möglicherweise ist) homologen Prüfung. Schließlich resultiert die gesamte soziale Identität und Wertigkeit der Akteure aus der Konstellation der projektförmig artikulierten Konnexionen: »Jeder ist nur deswegen er selbst, weil er das Beziehungsgeflecht bündelt, das ihn darstellt« (172), und jeder »existiert mehr oder weniger je nach Zahl und Wert der Verbindungslinien, die über ihn verlaufen« (173). Wer keine Verknüpfungen aufweisen kann, verliert seine Sichtbarkeit und mithin seine soziale Existenz.<sup>25</sup> Somit werden in der projektbasierten Polis all jene in die »Zone der Entkopplung« (Castel) verbannt, denen es – aus welchen Gründen auch immer – an Projekten mangelt, mit deren Hilfe sie Knotenpunkte in Netzwerken bilden könnten.

Nun ist dieser Prozess zwar umfassend, er ist aber auch durchaus zweischneidig. Denn wenn schlechthin alles in den Stand eines Projektes erhoben werden kann, so ein erster, unmittelbarer Verdacht, dann können dies auch *kapitalismusfeindliche* Initiativen (157). Dies gilt nicht allein für die projektbasierte Polis. Ziel jeder Polis ist ja, den Akteuren Handlungsmodelle und normative Wertemuster zu Verfügung zu stellen, auf die sie in Konflikt- und Rechtferti-

**24** | Zur Wandlung des »Arbeiters« zum »Mitarbeiter« in Folge der Kritik von 1968 vgl. auch Strath (2002) und unsere Diskussion in Kapitel 3.

**25** | Diese Identität tendiert wiederum zu einer inneren Ambivalenz. Man könnte sagen, dass Projektakteure eine schizophrenen *ironisch-authentische* Identität entwickeln, welche die konkurrierenden Ansprüche von Authentizität (oder vollem Engagement) und Netzwerk (oder flexiblem »multi-tasking«) zu balancieren in der Lage ist: »one proves one's worth by being able to fully engage in projects while being aware that they are transitory and while remaining flexible« (Boltanski 2002: 14).



gungssituationen zurückgreifen können. Diese Wertigkeitsordnungen können aber nun ihrerseits zum Gegenstand von Streitfällen werden, entweder indem die Rechtfertigungsmuster einer Ordnung gegen diese selbst gewandt werden, oder indem Muster anderer Ordnungen gleichsam ins Spiel der Streitfälle geworfen werden. Indem der Kapitalismus nun Strategien der Rechtfertigung des Akkumulationsprozesses durch Diskurse der Gemeinwohlorientierung benötigt, da er ja über keine intrinsische Rechtfertigung verfügt, kann er unmöglich die potentielle Verselbständigung dieser Diskurse und ihre kritische Rückwendung gegen ihn selbst verhindern. Rechtfertigung und Kritik sind zwei Seiten derselben Medaille. Einerseits muss der Geist des Kapitalismus »der Forderung nach Selbstrechtfertigung gerecht werden, vor allem um vor der antikapitalistischen Kritik Bestand zu haben«, weswegen er »auf allgemeingültige Konventionen, die klären, was überhaupt gerecht bzw. ungerecht ist,« (65) Bezug zu nehmen gezwungen ist; andererseits können diese moralischen Werte, die der Kapitalismus sich zu eigen gemacht hat, wiederum zum Ansatzpunkt kapitalismusfeindlicher Kritik werden. Der Kapitalismus beantwortet Kritik durch Bezug auf ihm äußerliche Rechtfertigungsordnungen, und die Kritik bezieht sich auf dergestalt inkorporierte »kapitalistische« Normen, indem sie diese gegen den Kapitalismus selbst wendet. Auf diese Weise ist der Kapitalismus zur ständigen Anpassung und Adaptierung seiner Rechtfertigungsstruktur verdammt, ja er wäre von Anfang an nie in der Lage gewesen, solche Strukturen auszubilden ohne Hilfe der Kritik:

Auch wenn der Kapitalismus nicht ohne eine Allgemeinwohlorientierung als Quelle von Beteiligungsmotiven auskommen kann, ist er aufgrund seiner normativen Unbestimmtheit doch nicht dazu im Stande, den kapitalistischen Geist aus sich selbst heraus zu erzeugen. Er ist auf seine Gegner angewiesen, auf diejenigen, die er gegen sich aufbringt und die sich dem widersetzen, um die fehlende moralische Stütze zu finden und Gerechtigkeitsstrukturen in sich aufzunehmen, deren Relevanz er sonst nicht einmal erkennen würde. (68)

Der Kapitalismus bezieht seine Widerstandskraft, so Boltanskis und Chiapellos These – bezeichnen wir sie als ihr *Inkorporationsargument* –, gerade aus der gegen ihn gerichteten Kritik, die er produktiv wendet und damit zugleich entschärft. Gerade diese »partielle Verinnerlichung der Kritik« (68), zu der sich der Kapitalismus gezwungen sieht, um die Unterstützung seines zu Desertion neigenden Personals sicherzustellen, habe zur Entschärfung der antikapitalistischen Kritik und zur erstaunlichen Überlebensfähigkeit des Kapitalismus beigetragen.<sup>26</sup> Boltanski und Chiapello zeichnen den jüngsten, zur projektbasier-

**26** | Umgekehrt erweise sich der Kapitalismus dann als besonders brüchig, wenn die Kritik abflaut und Herausforderer sich zurückziehen.

ten Polis führenden Fall der Inkorporation ursprünglich kapitalismuskritischer Werte am Fall der *Künstlerkritik* nach (vgl. ursprünglich Chiapello 1998), die sie von *Sozialkritik* unterscheiden. Letztere wird aus Empörung über Verarmung bzw. die Diskrepanz zwischen Armut und Reichtum gespeist. Sie bezieht sich im Wesentlichen auf den Wertekanon des Egalitarismus und wendet sich gegen eine Gesellschaft, in der Partikularinteressen der Vorzug gegenüber Allgemeininteressen gegeben wird. Zugleich geht sie eine Allianz mit Wissenschaft, Technologie und Industrie im Dienste des Fortschritts ein (2002: 6), was schon zeigt, dass sie – wie jede Kritik – wichtige Überschneidungsbereiche mit dem von ihr Kritisierten aufweist.

Die Empörung der Künstlerkritik speist sich ihrerseits nicht nur aus bürgerlicher Unterdrückung, sondern darüber hinaus aus der durch den Kapitalismus angetriebenen Entzauberung, Massifizierung und Standardisierung der (Waren-)Welt. Diesen Prozessen der »Entfremdung« und »Verdinglichung« stellt sie ein aus bohemistischen Lebensformen gewonnenes individualistisches Normensystem entgegen (im Frankreich der 50er Jahre entwickelt durch Avantgarde wie *Socialisme ou barbarie* und die *Situationistische Internationale*), indem sie eintritt »für die Freiheit des Künstlers, für dessen Weigerung, die Ästhetik moralisch zu binden, und seine Ablehnung jeglicher Form der zeitlich-räumlichen Unterordnung sowie – in seinen radikalsten Erscheinungsformen – jegliche Art von Arbeit überhaupt« (82). Ihre diskursive Struktur ist um die Oppositionspaare von Gebundenheit/Ungebundenheit bzw. Stabilität/Mobilität organisiert: dem mit seinem Besitz verwachsenen Bürgertum wird der bindingslose, flanierende und sich den Produktions- und Akkumulationsimperativen entziehende Künstler (und Intellektuelle) entgegengestellt, der, wie der *Dandy* des 19. Jahrhunderts, »die Nicht-Produktion und die Kultur der Ungewissheit zu den höchsten Idealen stilisierte« (82). Mit ihrer Kritik am Autoritarismus und Paternalismus des tayloristischen Fabriksystems gewinnt die Künstlerkritik, wenn auch in Artikulation mit der Sozialkritik, erstmals an beutender politischer Resonanz und Sichtbarkeit – wohl nicht zuletzt, weil sie stärker als die Sozialkritik radikal die Werte des Kapitalismus infrage stellen und sogar für den Ausstieg aus dem kapitalistischen System plädieren kann.<sup>27</sup> Dennoch kommt es zur Vereinnahmung ihrer Forderungen. Die *Autonomieforderung* wurde der-

**27** | Es sind selbstverständlich Mischungsverhältnisse der verschiedenen Kritikformen möglich. Wie Boltanski und Chiapello spezifizieren, sind beide, Künstlerkritik wie Sozialkritik, in modernistischen und anti-modernistischen Varianten in Umlauf: »die Künstlerkritik ist antimodernistisch, wenn sie den Entzauberungsaspekt hervorhebt. Sie ist modernistisch, wenn sie sich mit Emanzipationsbelangen auseinandersetzt. [...] Demgegenüber ist die Sozialkritik eher modernistisch, wenn sie die Ungleichheiten in den Mittelpunkt stellt. Sie ist eher antimodernistisch, wenn sie die mangelnde Solidarität in den Blick nimmt und als Individualismuskritik auftritt.« (84)

gestalt erfüllt, dass den Arbeitern erweiterte Kompetenzen und Verantwortung im Produktionsprozess zugesprochen wurde und sie auf diese Weise wieder in die Unternehmensstrukturen integriert werden konnten; die vor allem von den besser Ausgebildeten erhobene *Kreativitätsforderung* wurde erfüllt, »als deutlich zu erkennen war, dass ein wachsender Teil der Unternehmensgewinne aus der Mobilisierung der Ressourcen Erfindungsgabe, Fantasie, Innovationsfreudigkeit im Bereich der neuen Technologien erzielt werden würde und vor allem in dem stark expandierenden Dienstleistungs- und Kultursektor« (375); die vor allem gegen Standardisierung und »Entfremdung« gerichtete *Authentizitätsforderung* wurde durch eine Diversifizierung und (scheinbare) Individualisierung der Produktpalette (etwa in Form »authentischer« Produkte »aus biologischem Anbau«) beantwortet; die *Emanzipationsforderung* schließlich verlor, so Boltanski/Chiapello, ihre kritische Stoßrichtung, als die vormals kritisierten bürgerlichen Tabus fielen und zur Verwertung – etwa in der Sexualgüterindustrie – freigegeben wurden.

Die uns inzwischen wohlbekannten Phänomene der Prekarität können nun als, Weber'sch gesprochen, unbeabsichtigte Nebenfolge einer vom Kapitalismus vereinnahmten Künstlerkritik identifiziert werden. Die bereits von der Künstlerexistenz des 19. Jahrhunderts gelebte Aufhebung der Grenze zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit, zwischen privaten und professionellen Beziehungen, werde nun auf immer größere Gruppen von Arbeitnehmern ausgedehnt (453). Autonomie tritt als Wert, selbst wenn sie den Akteuren geradezu abgezwungen wird, an die Stelle von Sicherheit, ja das Selbstverwirklichungspotenzial der Akteure wird in der projektbasierten Polis zu einem wichtigen Wertigkeitsmaßstab. Der situationistische *dérive* wird universalisiert zu einem Modell umfassender Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen. Umgekehrt werden dann paradoxerweise »Ortsgebundenheit, Firmentreue und Verlässlichkeit *Prekaritätsfaktoren* und werden im übrigen zunehmend auch als solche empfunden« (402). Es breitet sich eine Stimmung der Angst aus, womöglich an Mobilität zu verlieren und »Verbindungen« im Netzwerk zu verlieren. In Anlehnung an den Durkheim'schen Anomiebegriff, der ja auch für Castel von zentraler Bedeutung ist, machen Boltanski und Chiapello verschiedene Anomieindikatoren aus. Diese Indikatoren (darunter die Selbstmordstatistiken) verweisen »auf ein Unbehagen als Folge der Ungewissheiten einer ›Emanzipation‹, die [...] Autonomie und berufliche Unsicherheit eng miteinander verknüpft und dadurch eine ›Zukunftsplanung‹ erschweren dürfte. Man kann darin aber auch einen Beleg dafür sehen, daß über den Wert der Strukturen und Konventionen (Familienbeziehungen, Diplome, Erlangung eines Arbeitsvertrages, sozioprofessionelle Kategorien usw.), die für die alte Welt bestimmend waren, Ungewissheit herrscht« (453).<sup>28</sup>

**28** | Darüber hinaus verwiesen diese Anomieindikatoren auf einen paradoxen Effekt von Emanzipation: »Während immer mehr Menschen in einer Angstsituation leben, be-

Wie muss man sich diesen Prozess der Einverleibung der Kritik durch den Kapitalismus nun konkret vorstellen? Die Arbeitskämpfe der 60er und frühen 70er-Jahre führten zuallererst zu legislativen und korporativen Zugeständnissen an die Arbeiter, deren Kosten allerdings – ähnlich wie auch von den Postoperaisten beschrieben – die Firmenvorstände sehr bald zur Suche nach arbeitsorganisatorischen Innovationen veranlassten, die einerseits auf die Kritik reagierten und ihr andererseits den Wind aus den Segeln nahmen, ja sie produktiv zu wenden versuchten. Dieser Prozess der Reorganisation der Arbeit folgte keinem Masterplan, sondern entwickelte sich evolutiv über eine »Anhäufung von Mikroevolutionen und Mikroverschiebungen« (255), die in der Praxis dazu führten, dass arbeitsrechtliche und soziale Errungenschaften ausgehebelt wurden, ohne formal außer Kraft gesetzt zu werden. In den 80er-Jahren war die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bereits deutlich sichtbar, ohne dass es zu einem spektakulären »roll back« rücksichtsloser Dereglementierung gekommen wäre:

Das wäre der Fall gewesen, wenn die meisten Maßnahmen der frühen 70er Jahre schlicht rückgängig gemacht worden wären. Die Wiedererlangung der unternehmensinternen Kontrolle wurde über den Umweg zahlloser partieller bzw. lokaler »Innovationsmaßnahmen« – wie es in der Sprache der Unternehmensberatung heißt –, die im Trial-and-error-Verfahren aufeinander abgestimmt wurden, erreicht sowie mittels einer Reihe von Verschiebungen morphologischer (z.B. Standortverlagerung, Ausbau des Zuliefersystems), organisatorischer (Just-in-Time-Produktion, Polivalenz oder kürzere Hierarchieketten) bzw. rechtlicher Natur (z.B. Einsatz von Führungspersonal mit Zeitverträgen und einer größeren lohnpolitischen Flexibilität, zunehmende Bedeutung des Handelsrechts gegenüber dem Arbeitsrecht). (248)

Die »Erfindung« solch vielfältiger Transformationen entsprang anfänglich einem kontingenten Prozess des Experimentierens, der erst später bewusst konsolidiert, intern abgestimmt und mit einer mehr oder weniger stimmigen Ideologie versehen wurde. Dazu konnte der Kapitalismus genau auf die Kräfte der Kritik zurückgreifen, die ihn in Bedrängnis gebracht hatten. Themen und Einstellungen der linken Protestkultur, insbesondere ihre Selbstverwaltungsforderungen, konnten mit den Managementnormen kompatibel gemacht werden: »Die Hoffnungen, die an die Selbstverwaltung geknüpft wurden, konnten Anfang der 80er Jahre zumindest teilweise auf die Flexibilität, die Dezentralisierung der sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und die neuen Managementformen übertragen werde« (252). Das »Neomanagement«, dessen Personal selbst zum Teil aus der ehemaligen linken Szene rekrutiert wurde, reagiert auf

---

obachtet man parallel dazu Autonomiegewinne, so dass es fast den Anschein hat, als hätte sich das Selbstverwirklichungsversprechen nicht für alle bewahrheitet« (455).

Künstlerkritik und den Wunsch nach Authentizität und Freiheit. Die Ideologeme, die Boltanski und Chiapello in den von ihnen untersuchten Texten der Managementliteratur ausfindig machen, leiten sich aus der Vorstellungswelt der Künstlerkritik her. So seien etwa »Eigenschaften, die in diesem neuen Geist eine Erfolgsgarantie darstellen – Autonomie, Spontaneität, Mobilität, Disponibilität, Kreativität, Plurikompetenz [...], die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden und auf andere zuzugehen, die Offenheit gegenüber Anderem und Neuem, die visionäre Gabe, das Gespür für Unterschiede, die Rücksichtnahme auf die je eigene Geschichte und die Akzeptanz der verschiedenartigen Erfahrungen, die Neigung zum Informellen und das Streben nach zwischenmenschlichen Kontakt –, direkt der Ideenwelt der 68er entliehen« (143f.). Dennoch, und der Hinweis darf an dieser Stelle nicht fehlen, wäre es irrig, dem Kapitalismus ein unbeschränktes Potential an Absorptions- und Neutralisierungsfähigkeit zuzuschreiben. Es wäre eine Fehlinterpretation des Inkorporationsarguments, wollte man behaupten, jede emanzipatorische Kritik wäre zwecklos und Wasser auf die Mühlen des Kapitalismus. Prekarisierung mag ein *umfassendes* Phänomen sein, aber (schon aus strukturellen Gründen) kann sie weder *total* sein, noch kann die Integration von Protest vollständig gelingen. Marianne Pieper hat diese Tatsache, aus einer stärker Foucault und dem Postoperaismus verpflichteten Perspektive, folgendermaßen beschrieben:

Der gegenwärtige Kapitalismus kann als ein historisches System gelesen werden, das versucht, die Bewegungen des Begehrens, der Bedürfnisse und der Dissidenz zu reintegrieren und sie zur eigenen Expansion zu entwenden. Dieses expansive Projekt ist zugleich durch konstitutive Instabilitäten und die Dauerpräsenz von Krisen und Kämpfen gekennzeichnet, in denen auch die Möglichkeit liegt, dass die entfalteten und freigesetzten Potenziale nicht umstandslos in den Akkumulationsprozess zurückgebunden werden können, sondern ein Reservoir widersetzlicher Praxen bilden. (Pieper 2007: 233)

## 1.5 KONVERGENZEN UND DIVERGENZEN: DER PRIMAT DES PROTESTS UND DIE MEDIEN

Die Untersuchungen der pragmatischen Soziologie bestätigen das Merkmalsregister von Prekarisierung, wie es sich bereits aus den anderen diskutierten Ansätzen herausgebildet hat. Als *umbrella term* für jene Beschäftigungsformen, deren Bezeichnung als »atypisch« zu kurz griffe, besitzt der Prekarisierungsbegriff den Vorteil, den gemeinsamen ökonomisch-hegemonialen Hintergrund benennbar zu machen, vor dem die so heterogenen Erscheinungsformen von »flexibler«, (schein-)selbständiger, »intermittierender« oder befristeter Arbeit – etwa in Form von Leih- und Zeitarbeit, Ein-Euro-Jobs, Praktika, Projektarbeit

etc. – an Bedeutung gewinnen. Trotz unterschiedlicher disziplinärer Interessen der vorgestellten Theorie- und Analyseansätze, so handelt es sich etwa bei der Regulationstheorie um eine ökonomische Theorie, beim Ansatz von Boltanski und Chiapello um Soziologie, während der Postoperaismus ökonomische Theorie und Soziologie verbindet und die Gouvernamentalitätsstudien sich auf die Thesen des späten Foucault berufen, weisen die Merkmalsregister, mit denen diese neuen Arbeitsverhältnisse beschrieben werden (so etwa der allen gemeinsame Hinweis auf das Verschwinden der Grenze zwischen dem Raum der Produktion und dem vormals privaten Raum der Reproduktion) erstaunliche Übereinstimmungen auf.

Zu den wesentlichsten Übereinstimmung zählt wohl die Rehabilitierung des *kontingenten Charakters* jener historisch-sozialen Entwicklungen, von denen die Prekarisierung des Sozialen ihren Ausgang nahm bzw. vorangetrieben wurde: So denken Regulationstheoretiker die Herausbildung einer neuen Regulationsweise in ihrem Verhältnis zu einem Akkumulationsregime als eine »glückliche Fundsache«; die Gouvernamentalitätsstudien beschreiben genau die im Sinne ihrer Machtbasiertheit kontingente historische Verschiebung hin zu gouvernementalen Prekarisierungsstrategien; die Postoperaisten beschreiben die ganze Ambivalenz zwischen Freiheitsversprechen und Produktivitätssteigerung im Übergang zum Postfordismus als einen Prozess, dessen Ausgang nicht vorherbestimmt war; und Boltanski/Chiapello beschreiben die Verwandlung der Forderungen der Künstlerkritik in neue Managementstrategien als Ergebnis eines kontingenten Trial-and-Error-Prozesses, in welchem Unternehmer Kritik inkorporierten und zu ihren Gunsten wendeten. Wie wir noch sehen werden, hat diese deutliche Betonung der Kontingenz zu tun mit der Abkehr von dem im marxistischen Theoriehorizont, vor dem all diese Theorien entwickelt wurden, tonangebenden ökonomischen Determinismus (weshalb alle vier Ansätze als *post-marxistisch* bezeichnet werden können). Das Konzept der Kontingenz durchkreuzt nämlich jede Vorstellung von endogenen ökonomischen Entwicklungsgesetzen, während umgekehrt auf diese Weise die Veränderungskraft sozialer Kämpfe hervorgehoben wird. Differenzen bestehen eher in unterschiedlich orientierten Foci, die einander allerdings durchaus ergänzen können: So zeigen Gouvernamentalitätsstudien und Postoperaismus großes Interesse an den *Subjektivierungsformen* der »Prekären« und adressieren die Frage nach der Funktion der Subjekte im Regulationsprozess. Die Regulationisten machten hierin bereits ein Desiderat der eigenen Unternehmung aus, die aufgrund ihres strukturalistischen und damit objektivistischen Erbes den Subjektivierungsprozessen ursprünglich keinen hinreichend prominenten Platz im Theoriebau zugestanden hatte.

Vor allem ist den vier besprochenen Zugängen ihre *umfassende* Definition des Phänomens der Prekarisierung gemeinsam. Neu an dem Problemkomplex ist, dass Prekarisierung »in zunehmendem Maße zur hegemonialen Form von

Produktivität und Beschäftigung in den gegenwärtigen postfordistischen Gesellschaftsformationen wird« (Pieper 2007: 231). Sofern aber der Produktivitätsimperativ – und damit der Prozess der Prekarisierung – in die Alltagsformationen der Lebenswelt ausgreift und die Differenz zwischen »privat« und »Beruf«, zwischen Produktion und Reproduktion verschwimmt, sind auch jene sozialen Verhältnisse, die man einstmals von Arbeitsverhältnissen unterschieden hätte, von Prekarisierung bedroht. Ob wir nun das postfordistische Akkumulationsregime bzw. die Regulationsweise, die Dispositive der Sicherheits- und Prekarisierungsgesellschaft, die in der Gesellschaft aufgelöste *fabbrica diffusa* oder schließlich den »neuen Geist« des Kapitalismus betrachten: zusammen mit den neuen Regulations- und Subjektivierungsmodellen diffundieren auch die neuen Phänomene der Prekarisierung in die Gesamtheit sozialer Beziehungen. Daraus ergibt sich, einstimmig von allen Ansätzen diagnostiziert, die – in gouvernementalitätstheoretischer Terminologie – Universalisierung eines *Angstdispositivs*, das sich immer stärker sowohl in den individuellen Psychen wie auch in den sozialen Verhältnissen in Form von »Flexibilisierung«, »Privatisierung« und »Entgarantierung« ehemaliger Absicherungsstrukturen verkeilt. Es kommt, wie man sagen könnte, zur Neurotisierung des Individuums und zur Psychotisierung des sozialen Bandes. In den Worten Michel Agliettas (2000: 55): »Die Zerstörung der beruflichen Zugehörigkeiten produziert Individuen ohne Bindungen, Individuen, für die die soziale Identität zum Problem wird. [...] Das Unbehagen schleicht sich in die individuellen Psychen ein, wenn die Energie, die in der Arbeit aufgewertet worden war, sich in die Angst vor einer Zukunft verwandelt, die nicht mehr vorhersehbar ist«. Paolo Virno wiederum spricht – in Anlehnung an die Heidegger'sche Unterscheidung der Begriffe – von einem Zusammenfallen der »Stimmungen« von Angst und Furcht unter Bedingungen der Prekarisierung. Eine These, die sich psychoanalytisch wohl dahingehend übersetzen ließe, dass individuelle Angstneurosen und die Psychotisierung des Sozialen in der Prekarisierungsgesellschaft zusammenfallen, ja sich wechselseitig bedingen. Aufgrund der Psychotisierung des Sozialen werden einstmals mit einem klaren Selbstverortungsbewußtsein und relativ stabilen Identitäten (stabilisiert durch ein relativ klar definiertes Bezugsraster) ausgestatte Teilmengen von Klassen und sozialen Gruppen disloziert zu einer, wie der späte Foucault sagen wird, »flottierenden Bevölkerung«. Andererseits werden auf der Ebene der individuellen psychischen Verarbeitung dieser Situation angstneurotische Symptome endemisch – Resultat der Drohung, die von der Aufhebung ehemaliger Garantien und Sicherheiten ausgeht. Denken wir zurück an jene Kaskade angstbesetzter Fragen, die den Ausgangspunkt unserer Untersuchung bildete: »Gibt es einen Folgeauftrag? Wird mein Vertrag verlängert? Wird das Weihnachts- oder Urlaubsgeld gestrichen? Lande ich bei Hatz IV? Reicht das Geld – für den Urlaub, für die Ausbildung der Kinder, fürs nackte

Überleben? Was passiert, wenn ich krank oder alt bin? Wenn ich ein Pflegefall werde oder jemand aus der Verwandtschaft?» (Hauer 2007: 33).

Auf Basis dieser Diagnose herrscht weitgehende Übereinstimmung unter den vier diskutierten Ansätzen, dass Prekarisierung in einem *umfänglichen* Sinn gefasst werden muss. Darin unterscheiden sie sich von etwa an die öffentliche »Unterschichtendebatte« angekoppelten Theorien und Diskussionen, wie jener um die »Ausgeschlossenen«, die einem engen Begriff von Prekarität bzw. des Prekariats als einer prozentual kaum maßgeblichen sozialen Gruppe den Vorzug geben. Die These, dass Prekarisierung kein Randphänomen, sondern vielmehr das »Zentralphänomen« der heutigen Gesellschaft darstellt, setzt sich natürlich dem eingangs bereits gestreiften Vorwurf der ungebührlichen Überdehnung des Konzepts aus, denn: Wenn alles prekär ist, dann – so könnte man vulgärdialektisch vermuten – ist nichts prekär. Tatsächlich dürfen die Differenzen, die etwa migrantische, womöglich illegalisierte Hausarbeit von hochbezahlter Projektarbeit in der IT-Branche unterscheidet, nicht übersehen und müssen untersucht werden. Zugleich muss allerdings die Frage gestellt werden, was beide Arbeitsformen miteinander teilen. Virnos (2005: 150) scheinbar paradoxe Antwort: *kaum etwas, und dennoch alles*, trifft den Punkt. Denn während Prekarisierung für verschiedene Gruppen je nach ihrer Position in der Sozialstruktur unterschiedlich dramatische Folgen annimmt, was sich nicht zuletzt in der subjektiv erfahrenen jeweiligen Balance aus Angst- und Freiheitskomponenten niederschlagen wird, können diese Folgen doch nur vor dem gemeinsamen Hintergrund der umgreifenden hegemonialen Verschiebungen von fordistischen zu postfordistischen Arbeits-, Regulations- und Subjektivierungsnormen analytisch sinnvoll eingeordnet werden. So relativiert sich auch der Hinweis auf die nach wie vor große statistische Bedeutung der sogenannten Normalarbeitsverhältnisse. Einem solchen Hinweis würde die soziale Entgarantierung, die im Fall des Arbeitsplatzverlustes auch den Normalarbeiter trifft (und als Drohung für diesen Fall gleichsam in das Normalarbeitsverhältnis hinein ausstrahlt), genauso entgehen wie jene faktische Kraft des Normativen, die sich darin äußert, dass der Wandel der Norm (und des »normativ«, d.h. hegemonial Wünschenswerten) vom Normalarbeitsverhältnis zum flexiblen Unternehmer seiner selbst verschoben wurde. Selbst der entlassene unqualifizierte Arbeiter des Niedriglohnssektors oder der Industrie-Normalarbeiter, der sich einstmals einer Arbeiter- und Gewerkschaftsaristokratie zugehörig fühlte, sieht sich bei seiner zu erfolgenden »Wiedereingliederung« in den Arbeitsmarkt der Anrufung ausgesetzt, nun als *Unternehmer* seiner eigenen, freigewordenen Arbeitskraft zu agieren. Nicht anders verhält es sich mit dem altersbedingten Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt in den Ruhestand, das gleichfalls die rechtzeitige Subjektivierung als (Selbst-)Vorsorgeaktionär zur Bedingung hat.

An die obige Verteidigung eines umfassenden Prekarisierungsbegriffs schließt sich eine zweite Beobachtung an. Übereinstimmend wird die große



Bedeutung von Kommunikation und Medien von Postoperaisten, Regulationisten und pragmatischen Soziologen hervorgehoben. Sie folgt aus den jeweiligen Kernthesen dieser Ansätze. Boltanskis und Chiapellos These, die gegenwärtige Gesellschaft sei weniger durch die Form des Marktes als durch die des Netzwerks bestimmt, führt sie zur Schlussfolgerung, dass die Fähigkeit zur Kommunikation zur entscheidenden Voraussetzung für das Knüpfen von Kontakten in einer Netzwerkwelt wird (Boltanskis/Chiapellos 2003: 158). Nicht zuletzt aus diesem Grund erhöht sich die Bedeutung technischer Kommunikationsmedien, denn in »einer Welt, in der die Herstellung von Kontakten wesentlich ist, kann es nicht weiter verwundern, wenn die neuen, informatikgestützten Kommunikationstechnologien (*Internet, Interface* usw.) stark vertreten sind« (164). Medienwissenschaftlich relevant ist auch die regulationstheoretische Beobachtung der zunehmenden Dominanz der Informations- und Kommunikationstechnologien, wofür von Hirsch (2002: 173) der Begriff »Infocom-Kapitalismus« vorgeschlagen wurde. Auch von Jessop (2003) wurde der mit den neuen Technologien assoziierte Diskurs der »wissensbasierten Ökonomie« als herausragendes ökonomisches Narrativ des Postfordismus ausgemacht. In der zur postfordistischen Regulation gehörigen »ökonomischen Vorstellungswelt« (*economic imaginary*)« (97) spiele Wissen als Produktionsfaktor im Arbeitsprozess eine herausragende Rolle.<sup>29</sup> Demgemäß würden im Arbeitsvorgang, Aglietta (2000: 54) zufolge, zunehmend Fähigkeiten der Konzeptualisierung, Symbolisierung, Information und Kommunikation verlangt. Der Dienstleistungssektor werde revolutioniert durch den »Aufschwung der intellektuellen Arbeit über Konzepte, Symbole, Formen: technisches und finanzielles Engineering, Design, Know-how, Information, Kommunikation« (Aglietta 2000: 41). Nach Boes (2003: 136) fungiert besonders die IT-Industrie als Kristallisationspunkt innerhalb der hegemonialen Definitionskämpfe um Arbeit und Arbeitssub-

**29** | Die medienwissenschaftliche Relevanz, von der hier die Rede ist, sollte nicht zu einem technologischen Determinismus hin überbetont werden (Marchart 2004). Gerade die Regulationstheorie tritt bewusst gegen den technologischen Determinismus an, wie er in der marxistischen Tradition in Form der Annahme einer verselbständigten Produktivkraftentwicklung auftritt. Die Entwicklung der technologischen Produktivkräfte kann deswegen nicht als »Motor« (dazu Lipietz 1992: 19) gesellschaftlicher Entwicklung fungieren, weil diese immer schon einer bestimmten Regulationsweise eingeschrieben sind: »Natürlich gibt es wissenschaftliche Entdeckungen, doch die Art und Weise, wie sie dann faktisch in Industrie oder Landwirtschaft eingesetzt werden, drückt die vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Die Steigerung der Produktivkräfte – sogar die Gestalt dieses Wachstums – ist also nichts anderes als der Ausdruck einer bestimmten Anordnung sozialer Verhältnisse am Arbeitsplatz, in der Familie, auf den Feldern. Wir sollten sagen, dass die Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte determinieren – nicht umgekehrt« (Lipietz 1998: 17).

jektivität: Im Gewand der »New Economy« oder »Netzwerkökonomie« sei sie zum »Mekka der Mythen zur Zukunft von Produktion und Arbeit« geworden. Vom Postoperaismus schließlich werden diese Diagnosen bestätigt, wenn nicht radikalisiert. Der Postoperaismus verortet Kommunikation nicht nur in tele-technologisch vermittelten Praxen der »Infocom«-Industrie. Kommunikation als solche wird – wie Kreativität und Subjektivität – vom Kapitalismus in Wert gesetzt. Kommunikation wird gleichsam zum Rohstoff nicht nur der Symbol- und Dienstleistungsindustrien, sondern aller Industrien, in denen Teamwork und Projektarbeit Einzug halten – d.h. selbst am Arbeitsplatz der postfordistischen Automontage: »Zeichnet sich der Fordismus durch die Integration der Konsumtion in den Zyklus der Kapitalreproduktion aus, so integriert der Postfordismus die Kommunikation« (Lazzarato 1998b: 53).

Aber auch dieser Exkurs zu Kommunikation und Medien – in Kapitel 4 werden wir uns dem *medialen (ideologischen Staats-)Apparat* wie den bewegungseigenen *Protestmedien* noch im Detail widmen – führt letztlich wieder zum Primat der Proteste zurück. Denn wie Bob Jessop beobachtet hat, ist der Kommunikationsraum der neuen, postfordistischen Ökonomie – so *virtuell* er sein mag – selbst Terrain sozialer Kämpfe:

Es geht um den komplexen, multidimensionalen kybernetischen Raum, der Möglichkeiten für die Verortung von Myriaden Entitäten und Beziehungen bietet. Doch der Cyberspace ist kein neutraler, dritter Raum zwischen Kapital und Arbeit, Markt und Staat, Öffentlichem und Privatem: er ist ein neues Terrain, auf dem Konflikte zwischen diesen Kräften, Institutionen und Domänen ausgefochten werden. (Jessop 2007: 269)

In welcher Hinsicht lässt sich also von einem Primat des Protests oder jedenfalls des Konflikts sprechen?<sup>30</sup> Die Regulationstheorie geht davon, dass eine gegebene Regulationsweise die Antagonismen, die eine Gesellschaft zu zerreißen

**30** | Eine Randstellung nehmen in dieser Hinsicht die Gouvernamentalitätsstudien ein. Doch obwohl sie zu einem gewissen Apolitizismus tendieren, konvergieren selbst in Foucaults Augen rechte wie linke Positionen der 70er Jahre in der Kritik des Sozialstaats, weshalb die Krise des allgemeinen Dispositivs der Regierung, die Foucault als Teil der offensichtlicheren ökonomischen Krise der 70er Jahre verortet, nicht zuletzt durch Soziale Bewegungen angetrieben wurde. Rechte wie linke Elemente der Wohlfahrtsstaatskritik werden vom neoliberalen Projekt reartikuliert aufgegriffen: »Kritisiert wird nicht nur die fehlende Souveränität des Staates, seine Abhängigkeit von Partikularinteressen und die wachsende Bürokratisierung, sondern auch die mangelnde Autonomie, die Fortsetzung patriarchal-autoritärer Gesellschaftsstrukturen und die Koppelung von Sicherheit und Abhängigkeit. Für Foucault ist die ökonomische Krise daher nicht zu trennen von politischen Desintegrationsprozessen und dem Auftreten neuer sozialer Bewegungen« (Lemke 1997: 240).

drohen, in Form von Kompromissen bündigt. Aus dieser postmarxistischen Perspektive stehen Klassenantagonismen und systemische Reproduktionszwänge also in keinem Verhältnis der Äußerlichkeit, sondern die Kompromisse, die sich in den Regulationsformen niederschlagen, wurden selbst durch das Medium des sozialen Kampfes hindurch ausgehandelt. Lipietz (1998: 172) spricht sogar von einer »gewaltigen gesellschaftlichen Schlacht, bei der es darum geht, einen neuen sozialen Kompromiss zwischen der Einbindung der Arbeiter und der Aufteilung neuer Produktivitätszuwächse auszuhandeln«. Selbstverständlich impliziert diese Vorstellung einen sehr weiten Politikbegriff, denn weder handelt es sich bei den Kämpfen, von denen hier die Rede ist, um reine Arbeitskämpfe, noch handelt es sich um politische Kämpfe, wie sie sich etwa in der Arena repräsentativer demokratischer Institutionen entfalten. Da die Regulationsweise den gesamten Raum des Sozialen – und nicht nur den der politischen Institutionen – umfasst, sind Mikroregulationen des Alltagslebens von solchen Kämpfen betroffen. So muss aus regulationstheoretischer Sicht ein Verständnis dafür entwickelt werden, »in welchen vielfältigen Formen sich die Kämpfe abspielen – nicht allein politische, sondern vor allem soziale Kämpfe, die so häufig als alltägliche Verzweiflung, Enttäuschung, Entmutigung, Ärger, Mut, als Mobbing, Schikane, Druck, als Verweigerung, Absentismus, selbst Ermutigung, freundschaftliche Gespräche, Rumhängen zur Geltung kommen« (Demirovic 2003: 52). Gerade solche Formen des versteckten Widerstands gegen das fordistische Fabrikregime und die Einbindung der Arbeiter in den fordistischen Klassenkompromiss wurden mit den neuen sozialen Bewegungen der 70er-Jahre auf eine explizite Ebene gehoben (Hirsch 2002: 74) und stießen nach regulationstheoretischem Verständnis die Passage zum Postfordismus an.<sup>31</sup> Daraus folgt aber nichts anderes als die Annahme, »dass die Kämpfe der gegen das System gerichteten Kräfte eine entscheidende Rolle in den Veränderungen des Systems selbst spielen« (Lipietz 1998: 27). Die Kämpfe tragen bei zur Etablierung eines neuen Kompromissgleichgewichts. Lipietz, der vielleicht in dieser Hinsicht konsequenteste Regulationist, geht noch einen Schritt weiter: »Wir würden sogar so weit gehen zu sagen, dass der Kompromiss zwischen den

**31 |** Denn hatten die Gewerkschaften im Fordismus (und in defensiver Art noch heute) darauf ab, automatische Lohnsteigerung und wohlfahrtsstaatliche Rechte innerhalb des fordistischen Modells zu etablieren, so widersetzten sich die Lohnabhängigen immer stärker der fordistischen Arbeitsorganisation: »Um diesen Tendenzen entgegen zu treten, haben die Unternehmer versucht, die Stufenleiter der Produktion zu erhöhen, die Automatisierung zu beschleunigen (innere Strategie nach fordistischer Logik), aber auch die Produktion in Länder mit für den Profit günstigeren Regulationsweise zu verlagern, der sozialen Gesetzgebung durch die ›Dualisierung‹ des Arbeitsmarktes gegen-zusteuern; das ist die Form der Aufkündigung der institutionalisierten fordistischen Kompromisse durch Flucht« (Lipietz 1992: 53).

gesellschaftlichen Kräften die Art und Weise determiniert, wie die sozialen Verhältnisse wirken. Dieser Kompromiss determiniert die Regulationsweise, das Muster der Industrialisierung, das Akkumulationsregime – nicht umgekehrt«. Daraus zieht Lipietz ganz explizit den Schluss vom Primat des Protests: »Zuerst also die Politik« (Lipietz 1998: 17).<sup>32</sup>

Im Postoperaismus findet sich eine durchaus analoge Einschätzung des durch soziale Kämpfe angetriebenen Übergangs zum Postfordismus. Die Auflösung der Fabrik in der Gesellschaft qua Dezentralisierung und Auslagerung müsse als ein indirektes Resultat der Kämpfe der Arbeiter gegen die Fabrikdisziplin begriffen werden. Nach postoperaistischer Ansicht dienten die neuen sozialen Bewegungen, die sich in Italien unter dem nachträglichen Schlagwort der »Bewegung von 77« formiert hatten, als Transmissionsriemen, der die früheren Kämpfe der Massenarbeiter qua Allianz mit den Kämpfen der Studierenden und der Frauen zugleich erweiterte und in die Gesellschaft hinein diffundierte. Die Ausweichbewegungen des Kapitals, das auf die Arbeitsverweigerung in der Fabrik reagierte, machte also immer weitere Bereiche der gesamten Gesellschaft zu Orten der Produktion und Abschöpfung des Mehrwerts, was aber nur gelingen konnte, weil das Kapital dort zugleich auf ein aktives Begehren nach autonomen, wenn auch prekäreren Arbeits- und Lebensverhältnissen stieß, wie es sich mit den neuen sozialen Bewegungen Bahn brach. So kommt Paolo Virno (1998: 87) zu dem Schluss, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des kollektiven Exodus aus der Fabrik *bewusst* eingegangen wurden: »Die Kämpfe von 77 nutzten die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts für sich, indem sie sich dort sozial organisierten und ihrer Stärke entwickelten. Der mobile Wechsel zwischen verschiedenen Jobs, zwischen Arbeit und Nichtarbeit determinierte eine gemeinsame Praxis und kollektive Haltungen (viel mehr, als er sie unterbrach), die sowohl Subjektivität in die Konflikte formten.« In gewisser Hinsicht hatten auch die Kämpfe von 77 ihre Ursache in früheren Kämpfen, denn die Kämpfe der Massenarbeiter hatten nicht nur das alte, tayloristische Fabrikregime in die Krise gestürzt, sondern auch die mit diesem Regime letztlich komplizitären Gewerkschaften und traditionellen Arbeiterparteien: Die verschiedenen Strategien korporatistischer und politischer Repräsentation griffen unter den neuen Bedingungen des Arbeiterkampfes nicht mehr (was die Betonung der *Arbeiterautonomie* durch die Operaisten erklärt), und ihre Desintegration bot wiederum Ansatzpunkte für die Kämpfe der Neuen Sozialen Bewegungen. Stärker noch als die Regulationisten gehen Postoperaisten also

---

**32** | Wiederum muss betont werden, dass Lipietz (1998: 17) Politik an dieser Stelle nicht auf die Institutionen und Praktiken des politischen Systems reduziert: »Selbstverständlich meinen wir damit nicht die Tagespolitik, sondern eine Typus langfristiger Politik, eine Abfolge von großen Kompromissen, die die Geschichte für eine Generation bilden.«

vom Primat des Protests aus. Somit entfernen sie sich vom ökonomistischen Balast der Marx-Interpretationen, die ihren theoretischen Ausgangspunkt bildete. Zum Prinzip und Ausgangspunkt schon Mario Trontis wurde der proletarische Klassenkampf. Obwohl für viele (Post-)Operaisten der proletarische Klassenkampf inzwischen um die vielfältigen Kämpfe der *multitude* erweitert wurde – geblieben ist die These vom *Primat* der Kämpfe.

Zu einer analogen Schlussfolgerung führt Boltanskis und Chiapellos These von Kritik als »Motor« der Veränderungen des kapitalistischen Geistes. Kritik – in Hirschmans Verständnis von *voice* (bzw. in unserem Verständnis von Protest) – bildet für Boltanski/Chiapello das »Hauptmoment« bei der Ausbildung und Veränderung des kapitalistischen Geistes, weil sie den Kapitalismus zur Rechtfertigung drängt und somit die Reartikulation von Gerechtigkeitsstrukturen und Allgemeinwohldefinitionen erzwingt. Kritik wirkt dabei allerdings nicht direkt auf die kapitalistische Akkumulation ein, sondern indirekt, indem sie den Kapitalismus zwingt, die zentralen Bewährungsproben in seinem Organisationsgefüge immer schneller anzupassen, um der Kritik zu entgehen. Die Veränderung des kapitalistischen Geistes und seiner Rechtfertigungsmuster kann nun auf die Akkumulation rückwirken, indem sie etwa zu deren Selbstbeschränkung aufgrund bestimmter als gültig angesehener Gerechtigkeitsnormen führt.<sup>33</sup> Dieser Spielart von Kritik als verbaler Protestbekundung wird

**33** | Genau genommen sprechen Boltanski und Chiapello von einer *dreistufigen* Wechselbeziehung zwischen *Kritik*, *Kapitalismus* (definiert durch die Form der Arbeitsorganisation und der Gewinnerzielung) und dem durch einen bestimmten *Geist* »gefesselten« *Kapitalismus*, der in seinen Akkumulationsbestrebungen einen Kompromiss mit den geltenden Gerechtigkeitsnormen eingehen muss. Diese Wechselbeziehung wirke wie ein Seismograph, Resonanzkörper oder »Schmelztiegel zur Bildung neuer Kompromisse« (2003: 71, man bemerke das nahezu gramscianische Vokabular), wobei jeder dieser »dreistufigen Oppositionspole« Veränderungen unterworfen ist: »Die Kritik kann ihre Stoßrichtung ändern, an Schärfe gewinnen oder verlieren; der Kapitalismus kann seine Akkumulationsstrukturen vorführen oder modifizieren; er kann sie aber auch zu Gunsten einer größeren Gerechtigkeit verbessern oder die bis dahin gegebenen Sicherheitsgarantien abbauen. Wenn die Kritik sich erschöpft hat, wenn sie geschlagen ist oder an Schärfe verliert, kann der Kapitalismus seine Gerechtigkeitsstrukturen lockern und ungestraft seine Produktionsprozesse verhindern. Eine Kritik, die dagegen an Schärfe und Glaubwürdigkeit gewinnt, zwingt den Kapitalismus seine Gerechtigkeitsstrukturen zu konsolidieren. Bei günstigen politisch-technologischen Rahmenbedingungen könnte sie andererseits auch einen Anreiz bilden, Transformationsprozesse einzuleiten und dadurch die Spielregeln unkenntlich zu machen. Die Veränderung der kapitalistischen Akkumulationsstrukturen bringt eine zeitweilige Lähmung der Kritik mit sich. Mittelfristig führt sie allerdings höchst wahrscheinlich auch zu einem neuen kapitalistischen Geist. Nur so lässt sich nämlich die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer wiederge-

eine weitere Spielart zur Seite gestellt, die sich direkter auf die Profitmargen auswirkt, nämlich die *exit*-Kritik, die sich etwa in Form von Boykott, Kaufverweigerung oder Verweigerung von Dienstleistungen ausdrückt. Folglich kann die Entwicklung des Kapitalismus gar nicht anders verstanden werden denn als permanentes Spiel zwischen der Kritik, Reintegration der Kritik und schließlich Reformulierung der Kritik oder Aufkommen neuer Kritikmuster. An dieser Darstellung ist interessant, dass Boltanski und Chiapello zwischen der Annahme eines Primats des Protests (in ihrer Bezeichnung der Kritik als »Motor« des kapitalistischen Geistes) und der Annahme der Gleichursprünglichkeit von Kritik und Kapitalismus schwanken: »Wenn der Kapitalismus nicht von Anfang an mit kritischen Gegenkräften großen Ausmaßes konfrontiert gewesen wäre, würde sich die Notwendigkeit, Rechtfertigungen für den Kapitalismus zu liefern und ihn attraktiv erscheinen zu lassen, nicht mit solcher Dringlichkeit stellen. In der Tat ist der Antikapitalismus genauso alt wie der Kapitalismus selbst« (2003: 79).

Das Schwanken mag durch die Binnendifferenzierung zwischen *Kapitalismus* und *Geist des Kapitalismus* erklärbar sein (*Primat* in Bezug auf den Geist des Kapitalismus, *Gleichursprünglichkeit* mit dem Kapitalismus). Wenn die Grenze zwischen – in analoger regulationstheoretischer Formulierung – Akkumulationsregime und Regulationsweise aber theoretisch brüchig, ja womöglich unhaltbar wird, dann wird auch die Entscheidung zwischen Primat und Gleichursprünglichkeit hinfällig. Eine Diskussion nach dem Modus »Henne oder Ei« (Kritik oder Kapitalismus), so unsere Vermutung, wäre daher fehlgeleitet, besteht doch der Hauptgewinn der Theorie Boltanskis und Chiappellos darin, gerade jedes Verhältnis der *Äußerlichkeit* zwischen Protest und Objekt des Protests zu unterlaufen. Erst auf Basis eines solchen Dualismus ließe sich eine Entscheidung zwischen Primat und Gleichursprünglichkeit treffen. Was aber, wenn Gesellschaft als ein *Immanenzfeld* sozialer Kämpfe vorgestellt wird, eine bestimmte soziale Ordnung also nicht *von außen* angegriffen wird, sondern immer schon in ihrem Inneren umkämpft ist? Alain Lipietz hat gegen eine, gewiss traditionelle, operaistische Lesart des Primats des Protests eingewandt, sie würde von einem einfachen Nebeneinander getrennter Dynamiken ausgehen. Aus dieser Perspektive treibe der Arbeiterkampf die kapitalistische Dynamik *von außen* an: »Das Kapital hat einen Kopf und die Klasse ein Projekt, und sie geraten in einen Titanenkampf miteinander, wobei Angriffe und Gegenangriffe einander ablösen [...]. Der Versuch, die Geschichte der Arbeiterbewegung in die Geschichte des Kapitals einzubauen, bleibt unabgeschlossen und äußerlich« (Lipietz 1998: 42). Hingegen seien gegenhegemoniale Kämpfe zugleich *innen und außen*. So könne die Arbeiterbewegung, Lipietz zufolge (56)

winnen, denen im Laufe dieser Entwicklung der Bezugsrahmen abhandengekommen ist, mit dem sie zuvor auf ihre Arbeitswelt Einfluss nehmen konnte« (70f.).

»an der Seite der Frauenbewegung, der nationalen anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen und der Ökologiebewegung die menschliche Geschichte schreiben, ohne aus ihr aussteigen zu können«, während es doch zugleich die Ablehnung der bestehenden Ordnung sei, die sie fortschreiten lasse. Wenn man diese Ansicht teilt, dann kann zwischen Protest und Ordnung keine äußerliche Beziehung bestehen, sondern nur eine Beziehung der Transformation und Wandlung innerhalb desselben Immanenzsystems. Daher wird weder der Zugriff auf ein *Außen* dieses Systems noch der – und sei es historisch-rekonstruktive – Rückgang zu einem *status quo ante* möglich sein, also zu einem Punkt, an dem sich die Entscheidung zwischen Henne und Ei treffen ließe.

Der Rückgriff auf die im Folgenden zu besprechende diskursanalytische Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes, auf deren integrative Matrix wir die bisherigen Ergebnisse eintragen wollen, wird uns erlauben, diese Frage nochmals aus hegemonietheoretischer Perspektive zu beleuchten. Vorerst sei festgehalten, dass die – recht verstandene – These vom Primat des Protests von entscheidender Bedeutung für den Fortgang unserer Argumentation ist. Unter Protest wird hier kein der hegemonialen Ordnung *äußerliches* Verhältnis gefasst, sondern die adaptiven Transformationen einer hegemonialen Ordnung werden *innerhalb eines gemeinsamen Terrains von hegemonialer Ordnung und Kritik* (bzw. *Protest*) vornehmlich, so unsere These, von letzterer in einem Ausmaß angetrieben, das eine genaue Unterscheidung zwischen den aus Akkumulationsprozessen resultierenden Dislozierungen und den aus politischen Kämpfen resultierenden Dislozierungen (die sich auf die hegemonialen Legitimationsprinzipien in ihrem Protest notwendig beziehen müssen), mithin eine exakte Trennung des Terrains der Ökonomie und des Terrains der Politik unmöglich macht. Neben der umfassenden Reichweite des Prekarisierungsbegriffs und der großen Bedeutung von Medien und Kommunikation stellt die so gefasste These vom Primat des Protests eines der drei zentralen Ergebnisse unseres Theorieabgleichs dar. In den folgenden Kapiteln muss es vor allem darum gehen, die hegemonietheoretischen, medienwissenschaftlichen und bewegungstheoretischen Implikationen der These von der Prekarisierungsgesellschaft herauszuarbeiten. Denn gesteht man zu, dass der *umfassende* Begriff von Prekarität sowohl den *Primat des Protests* als auch die *unumgehbare Bedeutung medialer Apparate* impliziert, dann ergibt sich das dringende Desiderat einer Untersuchung sowohl der *Medien des Protests*, als auch des *Protests als Medium sozialer Veränderung*.

